Nr. 5 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 6. Januar 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile außerhalb 0,14 Zlp. Anzeigen unter Text 0,50 Zlp. von außerhalb 0,60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 1. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Keine polnisch-litauischen Verhandlungen?

Pariser Befürchtungen — Polen besteht auf den Vereinbarungen — Intervention der Großmächte — Kritische Lage in Kowno

Paris. Nach den in Paris vorliegenden Nachrichten haben sich die Beziehungen zwischen Litauen und Polen seit der letzten Völkerbundsratstagung eher verschlechtert als gebessert. Man bezweifelt es in Paris sogar, daß die in Genf vereinbarten direkten Verhandlungen zwischen Polen und Litauen, erst im Frühjahr aufgenommen werden. Die polnische Regierung soll die Absicht haben, die Großmächte zu ersuchen, eine Demarche in Kowno zu unternehmen und die litauische Regierung aufzufordern, die beiden Abkommen, die sich auf die Anerkennung der Memel als internationalen Fluß und auf das Recht Polens beziehen, den Hafen von Memel benutzen zu dürfen, einzuhalten. Die litauische Regierung wäre danach verpflichtet, dem Holztransport nach Memel keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen und insbesondere die Verbindung zwischen Wilna und dem Memelhafen nicht zu unterbinden.

Die politische Lage in Litauen

Kowno. Die allgemeine politische Stimmung in Litauen ist überaus nervös. Die letzten Nachrichten aus Frankreich, wonach die englischen und französischen Gesandten in Kowno wegen der Auslegung der Genfer Formel durch Woldemaras interveniert haben und auch die Nachricht, daß in Kowno ein Mitglied des Völkerbundes zum gleichen Zwecke eingetroffen sei, haben diese nervöse Stimmung mit hervorgerufen. Die sonst überaus strenge Zensur hat die Nachricht nicht unterdrückt, was gewissermaßen als Bestätigung dieser Tatsache aufgefaßt werden kann. Die aus Warschau eingetroffenen Nachrichten werden fast durchweg kommentarlos wiedergegeben und scheinen bei der Regierung verhältnismäßig geringen Eindruck zu machen. Die Zeitungen, die sich gegenwärtig in längeren Polemiken über die Erfolge oder Mißerfolge Woldemaras in Genf auslassen, spiegeln durchweg diese Nervosität wieder. Das Blatt der „Volkssozialisten" spricht von politischen Seifenblasen, die von Woldemaras in Genf als Sieg bezeichnet worden seien. Die litauisch-polnischen Verhandlungen würden zeigen, daß dieser Sieg nicht vorhanden sei. „Rytas", das Blatt der christlichen Demokraten spricht ebenso wie das Blatt der Volkssozialisten von erwartenden Neuwahlen und der Neubildung der Regierung, während das Blatt Woldemaras, die „Lietuwis" erklärt, daß alles in bester Ordnung sei. Die Regierung wäre stark, denn die gesamte Bevölkerung stehe hinter ihr, während die Parteiführer ohne Gefolgschaft seien. Die Wilnafrage sei nach wie vor als offen zu betrachten und bei den kommenden litauisch-polnischen Verhandlungen könne zwar über die Lösung ökonomischer wirtschaftspolitischer Fragen verhandelt werden, doch dürfe von Wilna nicht gesprochen werden.

In politischen Kreisen bespricht man viel die in der Zwischenzeit von amtlicher Seite dementierte Unterredung, die Dr. Stresemann dem Korrespondenten des „Glos Prawdy", des Blattes Pilsudski, gewährt hat. Es wird gesagt, daß Pilsudski tatsächlich in Genf sehr scharf aufgetreten wäre und dort verlangt habe, daß Wort „Frieden" zu hören. Besonders beachtet wird die angebliche Erklärung Dr. Stresemanns, daß er nicht gewußt habe, daß durch den bestehenden Kriegszustand, zwischen Litauen u. Polen alle Verkehrsverbindungen abgebrochen wären. Sensationell hat die angebliche Erwähnung der Tatsache gewirkt, daß Woldemaras als Bevollmächtigter der Ukraine an den Verhandlungen, um den Frieden in Brest-Litowsk teilgenommen habe.

Außenpolitisch und innenpolitisch ist die Gesamtstimmung in Litauen in gleicher Weise nervös. Einzig und allein die Regierung bewahrte bisher ihre Ruhe. Ob diese nur äußerlich ist, kann z. Zt. schwer beurteilt werden. Woldemaras versucht jedenfalls den Eindruck zu machen, als ob er an einer bestimmten politischen Linie mit Zähigkeit festhalte und sich durch den Kampf, der sich um ihn herum abspielt, von dieser nicht abbringen lassen wolle.

Die Wahlbewegung in Polen

Von Ignaz Daszynski, Vizemarschall des Sejm, wird dem Berliner „Vorwärts" zu diesem Thema geschrieben:

Die Wahlen zum polnischen Parlament (Sejm) sind auf den 4. März 1928 ausgeschrieben. Eine Woche nachher wird der „Senat" gewählt werden. Die Regierung hat bis zum heutigen Tage keine Wahlparole veröffentlicht. Trotzdem fühlt jeder im Lande, daß es sich diesmal um die wichtigsten Verfassungsfragen handeln werde!

Der Chef der Regierung, Marschall Pilsudski, schweigt beharrlich über diese wichtigsten Staatsfragen, aber seine Umgebung und die Kreise, die vorgeben, etwas über seine Meinungen zu wissen, liefern den Wahlstoff ziemlich ausgiebig. Die Lage wird dadurch manchmal grotesk.

Man munkelt in den Regierungskreisen, daß das offizielle Schweigen bald gebrochen werden soll. Es bleibt also abzuwarten. Im Grunde genommen ist die Wahlparole nicht so unklar. Der Marschall Pilsudski führt seinen Kampf gegen de Nationalisten fort. Dieser Kampf wird aber immer mehr kompliziert und nimmt Masken an, die verwirrend wirken. Aus dem Kampfe gegen die mächtige Partei der Nationaldemokratie entwickelte sich der Kampf gegen das „Parteiwesen" überhaupt! Die Regierungsparteien, die ihn führten, nennen sich „Verbände", „Kreise" usw., nur nicht „Parteien", was zu komischen Resultaten führt.

Um den rechten Flügel der Nationaldemokratie zu zerschmettern, wandten sich die Emissäre des Marschalls an die Agrarier, den historischen Adel und die Fabrikanten, die freudig zur „Regierungsgruppe" ihre Fähnlein stoßen, um erstens Parlamentsmandate zu ergattern, und zweitens, um den Senat zu „reformieren", d. h. aus einer „Konsultationskammer" eine ebenbürtige, vollwertige „Zweite Kammer" zu machen, wo sie, durch „Delegierte" vertreten, die Majorität erreichen und den Sejm ohnmächtig machen könnten.

Zuerst rechnete man in den Regierungskreisen auf die Hilfe des hohen Klerus, aber die Bischöfe konnten ihre wahre Natur nicht verleugnen und traten mit einem „Hirtenbrief" in die Oeffentlichkeit, der anfangs eine arge Enttäuschung und allgemeine Verblüffung hervorrief. Einundzwanzig kirchliche Würdenträger empfehlen darin den Gläubigen „fest zusammenzuhalten" und einen katholischen Block zu bilden! Die verdrängten Nationaldemokraten jubelten auf! Sie glaubten, daß die Wahlen von 1922 sich wiederholen können. Aber drei Wochen sind seitdem verstrichen und der katholische Block läßt immer noch auf sich warten. Die Regierung hat unterdessen im stillen dagegen gearbeitet.

Die Verfassungsänderung als Wahlparole der Regierungskreise lautet: Stärkung der Regierungsgewalt. Zu diesem Zwecke wird das amerikanische System der Präsidentengewalt als rettendes Muster für Polen empfohlen. Die Minister sollen nur vor dem vom Volke gewählten Präsidenten verantwortlich sein. Die politische Kontrolle des Parlaments soll ausgeschaltet werden. Das Parlament soll zu einer kläglichen von der Regierung vollständig abhängigen Institution herabgedrückt werden.

Die eigentliche „Wahlarbeit" wird von der Regierung in der Bauernschaft geleistet werden, auf dem flachen Lande, wo die Einflüsse der Bezirkshauptleute am stärksten wirken. Traurige Praxis, zumal die Bauernschaft einen Gärungs- und Spaltungsprozeß durchmacht, der in die vollständige Machtlosigkeit dieser 65 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Schicht ausarten kann.

Der strenge Winter hat bis jetzt die Wellen der Wahlbewegung in engen Grenzen gehalten, aber bald werden sie hoch genug gehen! —

Die „Polnische Sozialistische Partei" (PPS.) hält unbeirrt die Fahne der Demokratie und der Vollentwicklung des demokratischen Parlamentarismus hoch. Sie ist den „Auswüchsen" dieses Parlamentarismus gegenüber gar nicht blind und bereitet ein motiviertes Programm der notwendigen Reformen vor. Sie baut auf die großen Fortschritte, die sie vor einigen Monaten in dem Wahlkampf um die kommunale Autonomie gemacht hat und geht in den Wahlkampf einig und entschlossen.

Die PPS. ist die einzige Partei, die moralisch stark genug ist, um mit den deutschen Genossen einig im Wahlkampf vorzugehen, trotzdem das mit Geheul der Chauvinisten quittiert wird. Sie will sich nicht in „nationale Blocks" gegen die Ukrainer fangen lassen, sie bekämpft die Demagogie in schärfster Weise. Sie wird überall ihre Pflicht tun

Briands Antwort an Kellogg

Der amerikanische Friedenspakt hebt den Völkerbund auf

Berlin. Wie ein Berliner Abendblatt aus Paris meldet, glaubt der diplomatische Redakteur der Agentur Havas über den Stand der französisch-amerikanischen Friedenspaktverhandlungen folgendes berichten zu können:

Minister Briand erklärt sich in der gestern an den französischen Botschafter in Washington übermittelten Antwort auf die jüngsten Anregungen der amerikanischen Regierung in der Frage der Erneuerung des Schiedsgerichtsvertrages zwischen beiden Ländern mit der von Kellogg gegebenen Grundlage einverstanden, wünscht aber eine Präzisierung hinsichtlich einiger Punkte besonders für den Fall einer Ablehnung der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat, sowie hinsichtlich der Bedeutung des Vorbehaltes durch die Anwendung des Schiedsgerichtsvertrages in dritte Mächte-Angelegenheiten ausgeschlossen wird. Was die angeregte Erklärung der Achtung des Krieges anlangt, so ist der französische Minister des Aeußern über die Aufnahme dieses Vorschlages durch den amerikanischen Kollegen erfreut. Aber wenn, wie es Kellogg in seinem Schreiben andeutet, das geplante Abkommen nicht nur Frankreich und die Vereinigten Staaten allein binden soll, so wünscht Briand eine eingehende Prüfung der Frage, damit den Rechten und Pflichten kein Abbruch getan werde, die sich für die interessierten Nationen aus dem Völkerbundsstatut und den bestehenden Abkommen ergeben.

Kellogs Weltfriedensvorschläge und der Völkerbund

Berlin. Wie aus Washington berichtet wird, knüpft die „Washingtonpost" in einem offiziösen Leitartikel an die Bemerkung Kelloggs, daß die französisch-amerikanische Freundschaft nicht vom Abschluß des Friedenspaktes abhängig sei, folgende schlüssige Begründungen:

„Obgleich Frankreich und die Vereinigten Staaten den Wunsch hegen, selbst im Falle eines allgemeinen Krieges den Frieden untereinander zu bewahren, so würde doch ein Vertrag den beiden die Verpflichtung auferlegt, auf den Krieg zu verzichten, unwirksam sein, falls eines der beiden Länder mit anderen Mächten in einen Krieg verwickelt würde. Frankreich hat verschiedene Verbündete und ist unter bestimmten Umständen verpflichtet, in den Krieg zu ziehen. Die Feinde dieser Verbündeten mögen mit den Vereinigten Staaten im Frieden leben und die Vereinigten Staaten würden gewiß erwarten, ihren Handel mit ihnen weiterführen zu können. Frankreich aber würde verpflichtet sein, daß die Großmächte die Herausforderung Kelloggs, dem Krieg zu entsagen aufgreifen werden. In ihrem Völkerbund haben sie den Krieg schon als äußerstes Instrument in der nationalen und internationalen Politik vorgesehen. Das ist einer der fatalen Mißgriffe jenes idealistischen und unpraktischen Planes zur Abschaffung des Krieges. Die Großmächte können Kelloggs Vorschlag nicht näher treten, ohne den Völkerbund abzuschaffen.

Die „Natio" konfisziert

Warschau. Die Wahlnummer der Zeitschrift der Minderheiten „Natio" ist wiederum konfisziert worden. Das gleiche Schicksal erlebte die vorhergehende Nummer. In Regierungskreisen scheint man sich dieser Zeitschrift besonders „liebevoll" anzunehmen. Schon die erste Nummer dieser Zeitschrift ist in der Druckerei vor ihrem Erscheinen beschlagnahmt worden, mußte aber wieder freigegeben werden. Es ist das böse Gewissen über die Behandlung der Minderheiten in Polen, welches sorgsam darüber wacht, daß die in mehreren Sprachen erscheinende Zeitschrift nicht die Wahrheit über die Grenzen hinausträgt. Aber mit Beschlagnahmen wahrheitstreuer Berichte ändert man am Tatbestand selbst noch nichts. Jede Beschlagnahme läßt das Ausland nur aufhorchen und das Interesse für die Minderheiten in Polen wird um so größer. Und so trägt die Regierung durch Einschränkung der Pressefreiheit dazu bei, daß im Auslande der polnischen Minderheitenpolitik eine größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Und das ist schließlich auch ein gutes Werk, so schmerzlich man auch die Beschlagnahme empfinden mag.

Nordpolfahrer Cook wieder im Gefängnis

Washington. Cook, der seinerzeit behauptet hat, den Nordpol erreicht zu haben, hat einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zufolge die wegen Betruges über ihn verhängte Gefängnisstrafe von 14 Jahren weiter abzubüßen. Er war bereits zwei Jahre im Gefängnis, war aber kürzlich mit Bewährungsfrist auf freien Fuß gesetzt worden. Nach der heutigen Entscheidung muß er ins Gefängnis zurückkehren und kann nicht vor März 1930 mit Bewährungsfrist freigelassen werden.

Umschwung im Kohlenexport

Die ostoberschlesische Kohlenindustrie hat im Oktober 1927 den Höhepunkt überschritten. Die Förderziffern des Monats November zeigen nämlich im Vergleich zum Oktober einen Rückgang um 21,511 Tonnen, obgleich angesichts des gesteigerten normalen Winterbedarfs an Hausbrandkohlen und des erhöhten Verbrauchs der polnischen Industrie überhaupt mit einer Produktionssteigerung im November um 150 000 Tonnen, also mit einer Rekordziffer des ganzen Jahres gerechnet worden ist.

Die Ursache bildet der zwar unblutige, aber heftige Kampf zweier mächtiger und rücksichtsloser Konkurrenten auf dem Exportmarkt, nämlich der englischen und polnischen Kohlenindustrie. Nach dem Siege der englischen Bergwerksbesitzer über den Arbeiter hat sich in England die Krise infolge der zum großen Teil vom polnischen Kohlenbergbau übernommenen englischen Absatzmärkte verschärft. Die englische Offensive gegen die polnische Kohle setzte sofort scharf ein und verdrängte sie Schritt für Schritt von den während des englischen Streiks eroberten Märkten. Die finanziell starken und von der Regierung unterstützten englischen Industriellen nahmen durch Preissenkungen den Kampf erfolgreich auf, so daß Polen heute bereits viele Absatzmärkte eingebüßt hat und der nächsten Zukunft mit Sorge entgegensieht. So betrugen die Preise für beste englische Bunkerkohle im Januar d. Js. 17—18 sh je Tonne, fielen im August auf 14 sh und erreichten Ende November 12 sh. Trotz der Senkung der polnischen Frachtsätze nach den Seehäfen um zweimal 50 Groschen je Tonne innerhalb eines Monats hat die polnische Kohle mit den englischen Preisen nicht Schritt halten können.

Während der Export polnischer Kohle im Oktober nach den Nordstaaten noch 879,798 Tonnen betrug, fiel er im November auf 796,373 Tonnen, also fast um 10 Prozent. Schweden allein als bester Abnehmer polnischer Kohle brachte im November einen Rückgang um 12 000 Tonnen. Zieht man in Betracht, daß dieser Rückgang gerade im November erfolgt ist, wo die Nordstaaten normaler Weise Vorräte für den langen- und strengen Winter ankaufen, so fällt dieser Rückgang umsomehr ins Gewicht.

Die Folgen der englischen Offensive und erfolgreichen Verdrängung der polnischen Kohle kommen auch in der verringerten Produktion deutlich zum Ausdruck. Im Oktober betrug die Förderung 2 505 900 Tonnen, im November aber nur noch 2 448 389 Tonnen, während die Haldenbestände von 975 553 Tonnen auf 989,943 Tonnen anwuchsen.

Der Kohlenabsatz im Inland ist allerdings in demselben Zeitraum von 1 611 995 auf 1 660 122 Tonnen, also um 48 127 Tonnen gestriegen, und da er eine stetige Zunahme aufweist, so wird diese Tatsache als natürliche Folge der Entwickelung und Besserung in den wichtigsten Industriezweigen Polens freudig begrüßt. Da auch die Baubewegung in Polen im kommenden Jahre auf Grund der Verwendung eines Teiles der Auslandsanleihe für diese Zwecke einen größeren Aufschwung zu nehmen verspricht, so wird in allen mit dem Bau im Zusammenhang stehenden Industrien eine Belebung und somit auch eine weitere Steigerung des Kohlenverbrauchs erwartet. Einmal in Angriff genommen, wird die Baubewegung keinen Saisonerfolg erleben, sondern für die Dauer von mehreren Jahren in Fluß bleiben, wenn der große Wohnungshunger in Polen einigermaßen behoben werden soll. Die Auslandsanleihe des Staates wird als „Schlüsselanleihe" auch zahlreichen Privatunternehmungen die Möglichkeit zur Erlangung bedeutender Kredite geben und so zur Durchführung der Nationalisierung der Produktion und zu zahlreichen Investitionen beitragen, welche die immerhin nur dahinvegetierende Wirtschaft Polens beleben werden.

Die Aussichten für eine Erhöhung des Inlandsabsatzes sind insofern günstig, als der Jahresverbrauch von Kohlen im Jahre 1925 pro Kopf durchschnittlich 0.77 Tonnen betrug, in diesem Jahre eine Steigerung auf 0,90 Tonnen erfahren hat, trotzdem aber immer noch hinter Oesterreich, Norwegen und anderen Ländern zurückbleibt und durch geeignete Maßnahmen bequem gehoben werden kann. Polen wird sich mehr wie bisher auf den Inlandsverbrauch umstellen müssen, denn der stärkere englische Gegner schlägt nicht zum Scherz den polnischen Konkurrenten nieder, sondern um ihm dauernd die vorübergehend gewonnenen Absatzmärkte zu entwinden. Das im künftigen Handelsvertrag mit Deutschland den Polen etwa zugebilligte Kontingent wird für den fortfallenden Export gleichfalls keinen geeigneten Ausgleich schaffen können; andererseits ist die polnische Kohlenausfuhr infolge der unzureichenden Transportverhältnisse der polnischen Eisenbahnen und Häfen ohnehin nicht mehr steigerungsfähig gewesen und dürfte es auch für die nächsten 2—3 Jahre nicht sein, weil die höchste Transportleistung von Eisenbahn und Häfen gegenwärtig etwa 500 000 Tonnen monatlich beträgt und diese Grenze mit 498 000 Tonnen im Oktober bereits erreicht worden ist. Nach dem Bericht der Prüfungskommission für die Produktionskosten ist eine weitere Ermäßigung der Preise für polnische Exportkohle unmöglich, es sei denn, daß eine Erhöhung der Inlandspreise erfolgen würde. Aber selbst dieses weitere Opfer würde der englische Bergbau bald zunichte zu machen wissen, und dann stände der polnische Bergbau endgültig vor der Aufgabe, den ausfallenden wenig lukrativen Export durch gesteigerten Inlandsverbrauch wettzumachen, der freilich nur durch Senkung der für die Verhältnisse teuren Kohlenpreise im Inlande zu erzielen sein dürfte.

Wiederaufnahme der russisch-chinesischen Beziehungen?

Annäherung an Japan — Die neue Regierung in Nanking

Schanghai. Zwischen General Tschiankaischek und dem hiesigen Vertreter Fengyuhsiangs ist eine politische Einigung erzielt worden. Die Hauptmeinungsverschiedenheit war die Frage der Beziehungen zu Rußland. Während General Feng die sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen verlangte, hielt Tschiankaischek eine gewisse Wartezeit für notwendig, um die neue Chinapolitik Rußlands erkennen zu können. In Kreisen der Kuomintang wird jedoch allgemein erklärt, daß die Beziehungen zu Rußland spätestens im Mai wieder aufgenommen würden, vorausgesetzt, daß Rußland in Zukunft auf agitatorische Mittel verzichte.

Tschiankaischek hat sich nach Nanking begeben, wo er die Führung der gesamten Südarmee übernehmen wird. Außerdem beabsichtigt er, die Nankinger Regierung zu reorganisieren. Verschiedene Posten sollen als Ergebnis der politischen Einigung mit Fengyuhsiang mit Anhängern des letzteren besetzt werden.

In Schanghai dauern die kommunistischen Ausschreitungen trotz der Abreise der Russen an. In dem chinesischen Teil der Stadt Schanghai fielen heute 12 Menschen einer Schießerei zum Opfer. Die Berichte über die Gründe dieser Schießerei sind widerspruchsvoll, doch glaubt man an eine Revolte kommunistischer Arbeiter des Schanghaier Arsenals. Der Aufstand wurde jedoch niedergedrückt.

Um die russisch-japanische Annäherung

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, fand Mittwoch ein Abend der russisch-japanischen Annäherung statt, an dem sich die gesamte japanische Delegation unter Führung des Barons Goto, die japanische Botschaft und die Moskauer japanische Kolonie beteiligten. Von russischer Seite waren Karachan, Lunartscharski und Frau Kamenew anwesend. In den Ansprachen und Reden wurde besonders das kulturelle Element in der russisch-japanischen Annäherung betont.

Heute begibt sich die japanische Delegation nach Leningrad, wo sie sich zwei Tage aufhalten wird, um dann wieder nach Moskau zurückzukehren.

Neue nationalistische Regierung

Berlin. Wie ein Berliner Blatt aus Schanghai meldet, hat General Tschiangkaischek sich nach Nanking begeben, um dort die neue nationalistische Regierung zu bilden. Die Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Generalissimus Tschiagkaischek, Außenminister Dr. C. C. Wu, Finanzminister T. V. Soong, Wiederaufbauminister Sunfo, der Sohn des verstorbenen Dr. Sunyatsen. Es sei jedoch zweifelhaft, ob Wu und Sunfo die angebotenen Aemter übernehmen werden, da beide die von Tschiangkaischek angewandte Methode, wieder an die Regierung zu kommen, nicht billigten.

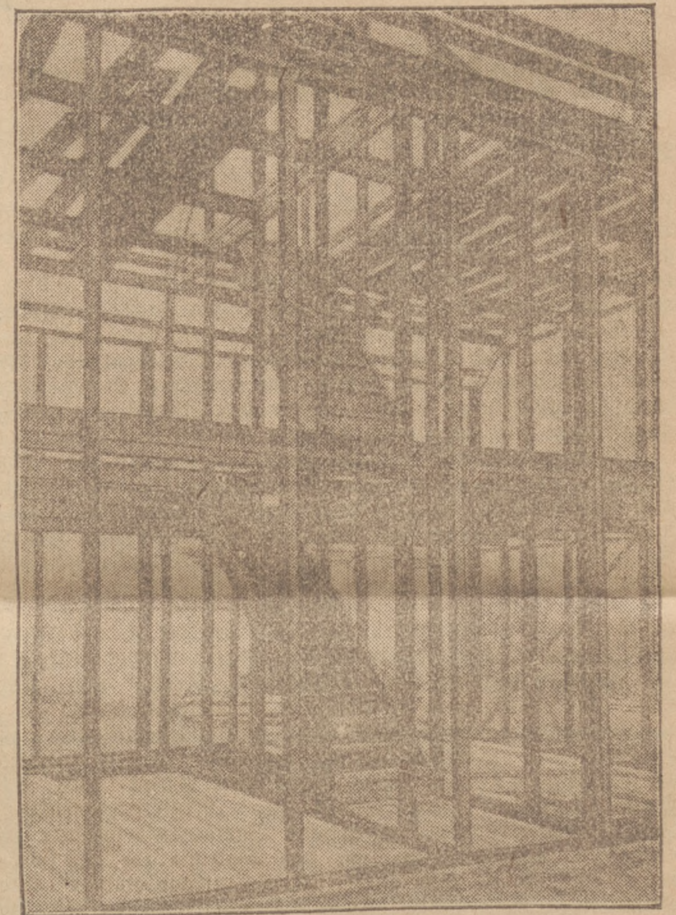
Ein Vorbild für Polen

Wieder deutscher Schulunterricht in Slovenien.

Wien. Nach einer Meldung der „Wiener Neuesten Nachrichten" aus Belgrad, hat der Unterrichtsminister den für die Bacska in Banat und die Baranja bestimmten Erlaß über die Einschulung von Kindern auch für die Obergespanschaft Laibach für gültig erklärt. Nach diesem Erlaß ist für die Nationalität nicht mehr der Name oder die Abstammung maßgebend, sondern die heutige Umgangssprache und der Wille der Eltern. Im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Folgen dieses Erlasses auch auf die Obergespanschaft Laibach wurde verfügt, daß in den Schulen in Unterdeutschau und Morabitz im Bezirk Gotschee und in Steckenberg im Bezirk Tschernemebel deutsche Parallelklassen errichtet werden und daß dann auch die Staatssprache einen Unterrichtsgegenstand zu bilden hat.

Schwierige Regierungsbildung in Danzig

Danzig. Nachdem das Zentrum sich gegen die Abschaffung der Beamtensenatoren ausgesprochen und sich von den Verhandlungen über eine Neubildung des Senats zurückgezogen hat, sollen nunmehr heute Verhandlungen aufgenommen werden, mit dem Ziel, eine aus den Sozialdemokraten und den drei liberalen Gruppen bestehende Koalition zustande zu bringen. Ein solcher Senat würde allerdings nur über eine ganz schwache Mehrheit im Volkstag verfügen, und die Durchführung der in Aussicht genommenen Verfassungsänderungen wäre ihm unmöglich. Sollte auch diese Kombination scheitern, so wird der am 11. Januar zusammentretende neue Volkstag wohl kaum die Wahl eines neuen Senats vornehmen können.



Das Haus der Zukunft

Ein fertiges Stahlgerippe mit Treppenaufgang wird in 3 Stunden und 20 Minuten aufgebaut und dann mit Mauerwerk ausgefüllt.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

8)

Ove schob den Stuhl zurück, daß er krachend gegen die Wand prallte, und sprang auf. Kreidebleichen Gesichts herrschte er Lystrup an: „Herr Richter..."

„Was wünschen Sie?" donnerte Lystrup.

„Das ist... das ist kein Verhör mehr... das ist Inquisition!"

Helene machte eine fast beschwichtigende Handbewegung. Der Richter, rot vor Zorn, war gleichfalls aufgesprungen.

„Es scheint mir angebrachter, wenn ich Sie an Ihre Pflichten erinnere, Herr Assessor! Im übrigen sprechen wir uns noch!"

Er schien mühsam nach Luft zu schnappen; dann ging er zur Tür, riß sie auf und sagte mit harter Stimme:

„Die Vernehmung ist beendet."

Die beiden Männer blieben allein; der Richter zog nervös das Etui. Er nahm eine Zigarette, zündete sie an und trat schweigend ans Fenster.

Plötzlich wandte er sich um.

„Herr Assessor Boye — ich denke zu hoch von Ihnen, um Ihnen dieses kleine Intermezzo ernstlich nachzutragen. Unser Beruf erfordert Nerven, Herr Assessor; er verlangt eine Härte von uns, die wir uns selbst erst, contre coeur, anerziehen müssen. Das weiß niemand so genau wie ich; glauben Sie es mir. Meinen Sie, ich hätte nicht darunter gelitten wie Sie? Sie sind noch in jenem Stadium, da man Vertrauen zu den Menschen hat; in Ihrem Alter bildet man sich ein, die menschliche Gesellschaft sei auf Liebe und Freundschaft gegründet. In zehn Jahren werden Sie begriffen haben, Herr Assessor, daß dies ein fundamentaler Irrtum war. Feindschaft und Haß sind die Wurzeln aller Lebensgemeinschaft. Der Landgerichtspräsident erwartet mich zu einem Bericht über die Sache Wassiliew; Sie erledigen wohl die paar Bagatellsachen. Auf Wiedersehen!"

Er winkte Boye mit der Hand und ging aus dem Zimmer.

In dem kleinen Restaurant, in dem Ove mit Kollegen das Mittagessen einnahm, sprach man von nichts anderem als von der Sache Wassiliew. Ove ließ die andern reden; zu seinem Erstaunen erkannte er, daß alle ohne Ausnahme gegen die verdächtige Ausländerin eingenommen waren. Niemand sprach von ihrer Kunst, niemand von ihrer Schönheit; jeder sah nur den Kriminalfall, nur das Wild, das man hetzen müsse; daß es eine Frau war, erhöhte wohl im geheimen noch den Reiz dieser Jagd, bei der alle Chancen auf seiten des Jägers waren. Deutlicher als je spürte Ove den Haß gegen die Kollegenschaft — und die Kluft, die ihn von jenen trennte; nie hatte er den Abscheu vor seinem Beruf so unerträglich schwer empfunden wie heute. Dann ging er in die kleine Konditorei, in der er sich, ohne daß eine eigentliche Verabredung bestand, mit Ebba zu treffen pflegte. Sie brachte heute eine Freundin mit: die junge Dame aus der Lausanner Pension, mit der sie sich gestern im Theater begrüßt hatte. Ebba scherzte mit der Freundin, sprach von tausend Dingen, die ihn nicht betrafen, von denen er nichts wußte; deutlich fühlte er die wachsende Entfremdung. Er erzählte von der Sache Wassiliew; Ebba wußte schon davon; auch hier hörte er die Freude darüber, daß man eine gefährliche Verbrecherin zur Strecke gebracht hatte.

Gegen Abend wurde Helene Wassiliew zur zweiten Vernehmung hereingeführt. Lystrup hatte seine Taktik geändert; er versuchte Helene einzuschüchtern. Sie starrte mit verzweifelten Augen ins Leere und antwortete auf keine seiner Fragen.

Plötzlich klingelte das Telephon. Lystrup nahm den Hörer ab und führte ein kurzes Gespräch; dann erhob er sich. „Sie müssen die Vernehmung weiterführen, Herr Kollege", wandte er sich an Ove; der Präsident bittet mich zu einer Besprechung." Er gab Boye ein Zeichen; auf dem Korridor sagte er leise: „Also versuchen Sie Ihr Heil. Wenn Sie mir Material beschaffen, das zu einer Verurteilung ausreicht, verspreche ich Ihnen eine Auszeichnung."

Ove ging ins Zimmer zurück; während er die Tür hinter sich schloß, fühlte er die lähmende Schwere, die von seinem Körper Besitz nahm. Helene Wassiliew stand in dem nüchternen Raum, die Augen auf ihn geheftet, stumm, bleich und von rührender Hilflosigkeit. Und er, der vor vierundzwanzig Stunden glücklich gewesen wäre, einen Blick von ihr zu erhaschen, ein Wort von ihr zu empfangen — er war ausersehen, sie zu vernichten. Er deutete stumm auf den Stuhl, der vor der Barriere stand; wieder blieb sie stehen. Eben wollte er die Barrierentür zu ihrer Rechten öffnen, da hörte er ihr trostloses Schluchzen. Betroffen blieb er stehen; sie ging einen Schritt auf ihn zu, faßte seine Hände und stammelte mit flehender Stimme:

„Retten Sie mich!"

Er schüttelte hilflos den Kopf, stumm, unfähig, das Nein auszusprechen.

Sie hob den Blick und sah ihm ins Gesicht — er mußte an die Mimi von gestern denken — an ihre Stimme — an den Ausdruck ihrer Augen.

„Ich bin verloren, wenn Sie nein sagen! Nicht nur ich: alle sind verloren."

Die Gedanken kreisten ihm durchs Hirn in unfaßbaren Wirbeln. Er hörte den Klang ihrer Stimme, doch er begriff die Worte nicht; Melodien schienen den Raum zu erfüllen, das Nokturno von Tschaikowsky schien wie aus zweiter Ferne hereinzuschweben. Nein: es war nicht das Nokturno, deutlich erkannte er die Suite von Lully. Alles war plötzlich wie in dieser Nacht: Duft und Klang und Rausch. Es schoß ihm durch den Kopf: ist dies vielleicht der Weg ins Leben, auf den du gewartet hast alle diese Zeit? Aber, seltsam genug, im gleichen Augenblick drängte sich das Nein dazwischen, ernüchternd, klärend; die Schranken der Bürgerlichkeit waren stärker.

„Glauben Sie mir," flüsterte Helene keuchend — „es ist nicht Furcht, wenn ich um meine Freiheit bitte; es ist auch nicht einmal ein Gedanke an mich dabei; ich muß in Freiheit sein — Glauben Sie es mir: es handelt sich um Menschenleben... Um Ihnen die Wahrheit zu sagen: alle müssen sterben, wenn ich nicht eilen kann, sie zu retten. Sie sind verloren, wenn ich nicht..." Sie hielt mitten im Wort inne und umklammerte seinen Arm.

„Sprechen Sie von den Verschwörern?"

Sie schüttelte verächtlich den Kopf. „Ich weiß nichts von dieser Angelegenheit — ohne mein Wissen hat man mich als Botin benutzt. Es ist etwas ganz anderes."

„Sie müssen mir alles sagen," murmelte er.

Eine Pause entstand; er blickte an ihr vorüber; das Zimmer war erfüllt von schweren und gefahrvollen Gedanken; sie krochen aus dem Dunkel empor wie Phantome, die drohend ihre Arme nach diesen beiden Menschen ausstreckten.

„In dieser Nacht," sagte sie mit heiseren Stimme, „... ich weiß nicht, ob Sie sich entsinnen... in dieser Nacht wurde von der Mongolei gesprochen."

Er nickte.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Budgetüberschüsse und Umsatzsteuer

Aus der Neujahrserklärung des polnischen Finanzministers **Czechowicz** geht hervor, daß das laufende Budgetjahr mit einem Ueberschuß von ungefähr 30 Prozent abschließen dürfte. Nachdem das Jahresbudget 1 990 000 000 Zloty beträgt, dürfte also der Ueberschuß mehr als eine halbe Million Zloty betragen. In 8 Monaten des laufenden Budgetjahres wurden annähernd soviel vereinnahmt, wie es ursprünglich veranschlagt war. Vor allem stiegen die Einnahmen aus der Einkommensteuer. Laut Budget sollte diese Steuer insgesamt 120 Millionen Zloty einbringen, sie hat aber in den 8 Monaten bereits 125 Millionen oder um 5 Millionen mehr gebracht. Die Monopolartikel werfen ebenfalls mehr ab, als vorgesehen wurde. Das Gesagte gilt hauptsächlich für die beiden Monopolartikel, Schnaps und Tabak, die einen Ueberschuß von 120 Millionen Zloty einbringen dürfen. Diese Budgetüberschüsse ermöglichten das Zustandekommen der Dollaranleihe. Die allgemeine Finanzlage des Staates hat sich wesentlich gebessert. Noch am 31. Mai 1926 betrug der Vorrat an Edelmetallen und Auslandsdevisen 25 Millionen Dollar, heute beträgt er 158 Millionen Dollar. Darunter befindet sich selbstverständlich die amerikanische Dollaranleihe in der Höhe von 61,6 Millionen Dollar. Das bei dieser günstigen Finanzlage des Staates die Warschauer Regierung die Ueberschüsse der schlesischen Wojewodschaft in der Form von Tangente einfordert, beweist nur, wie wenig man für unsere Wojewodschaft übrig hat. Die Tangente beträgt 12 Millionen Zloty, von der 4 Millionen für Häuserbauten in der schlesischen Wojewodschaft verblieben. Dabei hat Schlesien neben Warschau die größte Wohnungsnot und die meisten Arbeitslosen. Zweifellos steht fest, daß die hohen Budgetüberschüsse das Ansehen der Regierung gesteigert, umsomehr als viele Unternehmungen und Vereinigungen greifbare Vorteile davon erzielt haben. Eine andere Frage ist es, ob diese Ueberschüsse der Regierung als ihr besonderer Verdienst zu buchen sind. Hier dürften schon die Meinungen auseinander gehen. Jedenfalls sind das Steuergelder, die durch den Fleiß des Arbeiters verdient wurden.

Die verhältnismäßig günstige Lage erfordert eine Steuerreform die sehr dringend ist. Ueber die Umsatzsteuer haben wir wiederholt geschrieben. Die Umsatzsteuer dürfte zu den schwersten und ungerechtigsten Steuern gerechnet werden. Bei jedem Artikel wird sie mehrmals eingezogen. Die Umsatzsteuer zahlt der Produzent, der Großhändler und der Detaillist. In Wirklichkeit zahlt diese Steuer nur der Konsument, weil alle drei diese Steuer in die Ware einkalkulieren. Dabei ist es gleichgültig, ob der Konsument ein reicher Kapitalist oder ein Arbeiter ist. Beim Verbrauchen der Ware zahlen alle die gleiche Umsatzsteuer. Nachdem aber die Kapitalisten eine handvoll Menschen darstellen, so fällt ihre Umsatzsteuer nicht in Betracht. Diese Steuer muß die große Masse des armen Volkes bezahlen, nicht ausgenommen die Arbeitslosen. Daher ist diese Steuer ungerecht und am meisten verwerflich.

Die Umsatzsteuer wird rücksichtslos eingezogen. Selbst Kaufleute, die ihr Geschäft aufgegeben haben, weil es schlecht ging, müssen diese Steuer abführen. Das bezieht sich ebenfalls auf die Gewerbetreibenden und die kleinen Händler. Das Steueramt fragt nicht danach, ob das Geschäft den Händler ernähren kann oder nicht. Den kleinen Händlern, die im Rückstande mit der Umsatzsteuer geblieben sind, wurde selbst die Barlosung auf dem Wochenmarkte weggenommen.

Hier ist eine Reform dringend notwendig. Vor allem muß gefordert werden, daß die Umsatzsteuer nun einmal behoben wird und zwar nicht von dem Händler, Detaillist und Grossist, sondern lediglich vom Produzenten. Dadurch wird die Steuer nicht so drückend und läßt sich vom verwaltungstechnischen Standpunkte leichter handhaben. Gewiß sind wir für gänzliche Beseitigung dieser Steuer, nachdem aber damit kaum zu rechnen ist, sind Erleichterungen dringend notwendig.

Arbeitsgemeinschaftssitzung im Bergbau

Gestern nachmittag tagte die Arbeitsgemeinschaft, um zu einigen Punkten Stellung zu nehmen. Zuerst wurde ein Schreiben bekanntgegeben, welches die Zentrale des „Centralny Zwionzek Gornikow“ aus Krakau gesandt hat und worin sie den amtlichen Austritt des Centralny Zwionzek Gornikow aus der Arbeitsgemeinschaft vom 1. Januar 1928 ankündigt. Nach Kenntnisnahme hatte die Sitzung sich mit dem gekündigten Lohntarif beschäftigt. Die Arbeiter im Bergbau, insbesondere die Schichter Untertage, sowie Uebertagearbeiter und Facharbeiter, stehen mit ihren Löhnen im Bergbau an sehr schlechter Stelle, weshalb eine Aufbesserung des Lohnes ab 1. 1. 28 gefordert wurde. Die Beschlüsse der Tarifgemeinschaft sind inzwischen unverbindlich gefaßt und wird der Arbeitgeber erst angegangen, einen Termin zur Verhandlung anzusetzen. Am Tage der Verhandlung werden die Forderungen präzisiert unterbreitet. Nach Erledigung anderer Dinge wurde die Sitzung vorläufig vertagt.

Eine Wendung in der Ueberleitung zum 8-Stundentag

Bekanntlich haben die Arbeitgeber die Bekanntmachung des Arbeitsministeriums äußerst schmählich ausgelegt. Das führte zu großen Unzufriedenheiten in den einzelnen Werken. Die Regierung sieht sich veranlaßt, eine neue Bekanntmachung herauszugeben, welche den einzelnen Werken zugestellt werden soll, um die Ueberleitungsfrage klarer zum Ausdruck zu bringen. Die Gewerkschaften sind angegangen worden zu einer neuen Kommission ihre Mitglieder zu benennen, die den Zweck hat, die Bekanntmachung vom 23. 12. 27 sofort bei den einzelnen Werken zu interpretieren (auszulegen). Diese Kommission soll schon Sonnabend vormittags mit ihren Arbeiten bei einem der größten Werken beginnen und in einem beschleunigten Tempo die Ueberleitung durchsetzen.

Die Kommission hat mit der, von der wir gestern berichteten, nichts gemeinsames.

Eine wirtschaftliche Mittelstands-Organisation für Oberschlesien

Seit einiger Zeit finden in Kattowitz Besprechungen von Vertretern des Mittelstandes statt, die den Zweck haben, eine umfassende Organisation des Mittelstandes zu schaffen, zum Schutze seiner wirtschaftlichen Interessen. In den betreffenden polnischen Kreisen sind diese Besprechungen schon so weit gediehen, daß, die Gründung der Organisation als feststehende Tatsache anzusehen ist. Im gegenwärtigen Momente sind nur noch Verhandlungen im Gange, die auf die Hinzuziehung auch der entsprechenden deutschen Kreise abzielen.

Nach den Plänen der Gründer soll die Organisation nicht nur frei von jeder parteilichen Einstellung sein, sondern auch in nationaler Hinsicht auf vollkommen freier Basis beruhen. Der vorschwebende Gedanke der Gründer geht dahin, in der Organisation eine Plattform zu schaffen, zu einmütiger gegenseitiger wirtschaftlicher Verständigung, nicht nur innerhalb der Wojewodschaft, sondern auch durch deren Ausstrahlung auf die wirtschaftlichen Beziehungen diesseits und jenseits der deutsch-polnischen Grenzpfeiler. Dieser Gedanke erscheint den Gründern umso erstrebenswerter und notwendiger, als in der Voraussicht einer endgültigen und günstigen Erledigung der Verhandlungen bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages, eine Anbahnung der zukünftigen gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen des Mittelstandes in beiden Staaten sich von selbst ergibt.

Es haben schon in dieser Hinsicht Vorbesprechungen zwischen den Vertretern der beiderseitigen nationalen Gruppen stattgefunden, die eine Erreichung des erstrebten Zieles als im Bereiche der Möglichkeit liegend erscheinen lassen. Es machen sich zwar noch hie und da, sowohl auf der polnischen, wie auf der deutschen Seite einige Vorbehalte und Schwankungen geltend, die zum großen Teile auf die bisherigen Stimmungen sich stützen, aber man hofft, daß auch diese kleinen seelischen Hemmnisse, beim guten Willen und der Einsicht der beiderseitigen Vorteile, sich beseitigen werden lassen. Die weiteren Besprechungen, die jetzt im Gange sind, sollen bis Sonnabend dieser Woche ihren Abschluß finden, worauf eine Tagung aller wirtschaftlichen Kreise des Mittelstandes in der Wojewodschaft Oberschlesien einberufen werden wird, um den Plan der Gründung der neuen Organisation in feste Umrisse zu fassen.

Die Korfanty-Organisation beim Demobilmachungskommissar

Wie wir gestern erfahren haben, hat die Korfanty-Organisation gestern mittags um 12 Uhr ebenfalls eine Delegation zum Demobilmachungskommissar gesandt (etwas reichlich spät). Die Ursache zur Entsendung der Kommission war der Kongreß der Korfantysten am letzten Sonntag, auf dem

Das Ende eines Millionentraumes

Das Urteil im Keßlerprozeß — Der Staatsanwalt beantragte insgesamt 9½ Jahre Zuchthaus und 9 Jahre und 11½ Monate Gefängnis, während das Gericht Gefängnisstrafen von 11 Jahren und 7 Monaten verhängte

Da am zweiten Verhandlungstage das Urteil zu erwarten war, so ist natürlich der Zudrang des Publikums noch viel stärker gewesen als am ersten. Und wenn man sich dieses sensationslüsterne Publikum ansah, es sprechen hörte, dann fühlte man sich in irgendeinen Gerichtssaal einer Großstadt versetzt, wo Kriminalstudenten, Halbweltdamen und andere zweifelhafte Elemente sich ein Stelldichein geben. Das Schauobjekt waren natürlich die Angeklagten, die ein fortwährendes Kreuzfeuer von Blicken über sich ergehen lassen mußten, auf die man wie auf Wundertiere starrte. Für Angeklagte von nicht hervorragenden seelischen Proportionen eine unerträgliche Qual. Und sie, die auf der Anklagebank saßen, waren alles kleine Menschen, denen irgend ein etwas Unberechenbares im Leben, einer der vielen Zufälle einen großen Griff gelingen ließ, wie schon so oft einem armseligen Gelegenheitsdieb, sie aber gleichzeitig um so tiefer in das erbärmliche Nichts hinabdrückte. In diesem Keßlerprozeß ist wirklich nicht viel von Kriminalistik und wenn der Staatsanwalt Krockowski von dem größten Kriminalfall Polens sprach, so verstehen wir das. Auch Juristen haben ihre Schwächen. Und vielleicht ist Eitelkeit eine ihrer nicht unbedeutendsten. Aber wenn Staatsanwalt Krockowski sich mit den kriminellen Annalen Polens etwas mehr beschäftigen würde, müßte er wissen, daß es einen Fall Kucharski, Linde usw. gegeben hat. Aber Keßler ist eben kein Kucharski, kein Linde und wie alle anderen heißen mögen, die sich auf großzügige Geldgeschäfte verstanden.

* * *

Nachdem am ersten Verhandlungstage die Zeugenvernehmungen beendet wurden, konnte am zweiten mit der Beweisaufnahme geschlossen werden. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Bruder des Angeklagten Keßler vom deutschen Gericht in Gleiwitz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden sei, und zwar wegen Beihilfe zum Diebstahl und Hehlerei. Das Gleiwitzer Gericht habe zugunsten des Wilhelm Keßler seinerzeit angenommen, daß leichter Diebstahl vorliege. Nach weiteren Einzelheiten, die die Verschließung des Postdeldsackes beim Postamt Königshütte betrafen, stellte der Verteidiger des Keßler den Antrag, in das Protokoll aufzunehmen, daß der Zeuge Lex vereidigt worden sei, obwohl er als Verteidiger gegen die Vereidigung protestiert habe. Das Gericht beschloß aber, diesen Antrag als unerheblich abzulehnen.

Nun äußerte sich der Sachverständige von der Postdirektion Kattowitz über die Art und Weise, wie ankommende und abgehende Gelder von den Postbeamten behandelt werden sollen. Er stellte dabei fest, daß jeder Betrag übr 300 Zloty in den eigens für Geldzwecke bestimmten und vergitterten Raum abzuschließen sei und für diesen Raum zwei Beamte verschiedene Schlüssel haben.

Nach den Ausführungen des Sachverständigen kam der Anklagevertreter zu Worte, der die Tat des Keßler als den größten Kriminalfall seit Bestehen der polnischen Postverwaltung bezeichnete und besonders betonte, daß eine vollständige Aufklärung nur dadurch möglich gewesen sei, **daß die polnische und die deutsche Kriminalpolizei in verständiger Weise zusammengearbeitet haben und wobei die deutsche Kriminalpolizei sich als sehr loyal gezeigt habe.** Er hielt Keßler für überführt und versagte ihm infolge des großen Vertrauensbruches, den er sich als Beamter zuschulden hat kommen lassen, mildernde Umstände. Die weiteren Angeklagten wurden der Hehlerei für überführt erachtet. Besondere Strafen wären seiner Meinung nach zu fordern für die Witwe Hedwig Cieslik, die vor Gericht ohne Zweifel ein Lügengewebe vorgebracht habe und gegen den Angeklagten Reinhold Peschel, bei dem fast die ganze auf dem Postamt entwendete Summe versteckt worden war. Auch Wlosch sei streng zu bestrafen, da er 10 000 Zloty Schweigegeld von Peschel gefordert habe. Sämtliche Angeklagten außer Keßler hielt der Staatsanwalt der Hehlerei für schuldig und beantragte im einzelnen nachfolgende Strafen:

Gegen den Postdefraudanten Keßler wegen schweren Diebstahls und Unterschlagung im Amt 9½ Jahre Zuchthaus. Die anderen 9 Angekagten sind der Hehleren für überführt gehalten und werden folgende Strafen beantragt: Hedwig Cieslik 2 Jahre Gefängnis, Wlosch 2 Jahre Gefängnis, Elektriker Paul Klinert 1 Jahr Gefängnis, seine Ehefrau Lizie 7 Monate Gefängnis, Marie Keßler, die Mutter des Angeklagten, 2 Monate Gefängnis bei zwei Jahren Bewährungsfrist, die Verkäuferin Hedwig Brosder und Kaufmann Sebisch zu je 1½ Monaten Gefängnis bei zweijähriger Bewährungsfrist, Reinhold Peschel zu drei Jahren Gefängnis und seine Ehefrau Hedwig zu einem Jahr Gefängnis.

Es folgten die Verteidigungsreden der vier Rechtsanwälte, die alle für die Angeklagten mildernde Umstände erbaten. Bei seinem Schlußwort bat Keßler um eine milde Strafe. Nach über einstündiger Beratung verkündete das Gericht nachfolgendes Urteil:

Der Hauptangeklagte Keßler wird zu 5 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der vollen Untersuchungshaft verurteilt. Das Gericht stellt sich hierbei auf den Standpunkt, daß kein schwerer, sondern nur einfacher Diebstahl vorliege. Die Angeklagte Cieslik sowie die anderen Angeklagten wurden der Hehlerei für schuldig erklärt und gegen sie folgende Strafen verhängt. Hedwig Cieslik 1 Jahr Gefängnis, Johann Wlosch 1 Jahr Gefängnis, Paul Klinert 6 Monate Gefängnis, Ludwig Klinert 6 Monate Gefängnis, Marie Keßler, die Mutter des Angeklagten 2 Wochen Gefängnis, Hedwig Brosder, die Braut des Angeklagten, zwei Wochen Gefängnis, Reinhold Peschel 3 Jahre Gefängnis und seine Ehefrau Hedwig 6 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Klinert, Marie Keßler, Hedwig Brosder und Frau Peschel erhielten Strafaufschub mit Bewährungsfrist.

Die Angeklagten wurden, bis auf Keßler, Wlosch und Peschel auf freien Fuß gesetzt.

Ausgeschlossen oder nicht ausgeschlossen?

In der polnischen Presse war eine Notiz zu lesen, daß Korfanty aus der Ch. D. (Christliche Demokratie) ausgeschlossen wurde. Diese Notiz erschien dem Leser als ein verfrühter Aprilscherz, da die letzte Konferenz der Ch. D. dem Korfanty einstimmig das Vertrauen aussprach und ihn einstimmig zum Obmann gewählt hat. Neben diesem auffallenden Vertrauensvotum wurde noch einstimmig der Beschluß gefaßt, Korfanty zu ersuchen, wieder als Listenführer bei den nächsten Sejmwahlen aufzutreten, was jedoch Herr Korfanty mit Dank ablehnte. Diesen demonstrativen Beschlüssen ist noch hinzuzufügen, daß die Konferenz nach dem Urteil des Sejm-Marschallgerichts über Korfanty getagt hat. Die Konferenzdelegierten, unter welchen sich auffallend viele geistliche Herren befanden, und an welcher nach der „Polonia“ mehr als 500 Delegierte teilgenommen haben, wußten sicherlich, was sie tun. Nach einem solchen Vertrauensvotum für Korfanty zu schreiben, daß dieser aus der Christlichen Demokratie (Partei der Korfantysten) ausgeschlossen wurde, wäre ein Unsinn. Die Notiz wurde auch sofort von der Partei der Korfantysten dementiert. Korfanty hat einmal, auf sich zeigend, gesagt: „Die Ch. D. das bin ich.“ Darüber haben wir auch niemals gezweifelt, zumal wir den Vater der Partei und die Partei selbst kennen.

Drei seltsame Erscheinungen sind uns aber doch aufgefallen, die einer näheren Aufklärung bedürfen. Gleich auf der Bezirkskonferenz wurde nach den Vertrauensbeschlüssen für Korfanty noch ein Beschluß gefaßt, die Autonomie der schlesischen christlichen Demokratie zu erweitern. Dieser Beschluß bedarf einer Aufklärung, wenn man bedenkt, daß die Korfantysten von der Gesamtpartei niemals behelligt wurden, im Gegenteil: Korfanty drang stets der Gesamtpartei seinen Willen auf. Eine zweite recht auffallende Erscheinung war der Austritt einiger Ch.-D.-Politiker aus der Korfantypartei nach der Bezirkskonferenz und ihre Erklärung, daß sie der Gesamtpartei weiterhin treu bleiben werden. Ausgetreten sind ein Konfrater Niedzielski und der Kattowitzer Arzt Dr. Hlond, Bruder des Bischofs Hlond in Posen. Eine weitere auffallende Erscheinung war die Uebersiedlung des Teschener Prälaten Londzin mit seinem Katholikenverbande zu der Sanacja Moralna. Allerdings schreibt die „Polonia“, daß der Teschener Katholikenverband sich offiziell dem Sanacja-Wahlblock noch nicht angeschlossen hat, weil ein solcher Beschluß noch nicht gefaßt wurde. Sie kann aber nicht bestreiten, daß sich der Verband der Teschener Katholiken mit dem Anschluß an den Sanacja-Wahlblock befaßt hat und die Mehrheit für den Anschluß vorhanden ist. Nur der Skotschauer Pfarrer widersetzt sich dem Anschluß, worauf er eine Einladung nach Kattowitz erhielt, die ihn sicherlich besänftigen dürfte. Diese drei Erscheinungen lassen die Vermutung aufkommen, daß zwischen der Hauptpartei und der schlesischen Landespartei der Christlichen Demokratie ernste Differenzen bestehen. Ursprünglich wurde angenommen, daß die Differenzen sich um die Kandidatur Korfantys drehen. Nachdem aber Korfanty auf ein Mandat verzichtet, sind es wohl andere Gründe, die diesen Ch.-D.-Zwist heraufbeschworen haben. Und da kann womöglich die „Polska Zachodnia“ recht haben, wenn sie zum zweiten Male schreibt, daß Herr Korfanty von dem Hauptvorstand der Christlichen Demokratie ausgeschlossen wurde. Auffallend wäre nur an dem Ausschlag die Tatsache, daß er offiziell nicht bekanntgegeben wurde. Gewöhnlich pflegt eine Partei, so bald sie eines ihrer Mitglieder ausschließt, dies auch in dem Parteiorgan anzuzeigen. Das ist nicht geschehen und daher bedarf die Sache einer weiteren Aufklärung.

bekanntlich Herr Muschiol und Herr Brzeskot sich mächtig für den Achtstundentag eingesetzt hatten. (Zum erstenmal nahmen diese Herren dazu Stellung.) Die veröffentlichte Resolution in der „Polonia“ zeigte uns, daß diese Herren wochenlang der Tarifgemeinschaft den Kampf um den Achtstundentag abgeguckt haben und nach dem Muster der Tarifgemeinschaft stellten sie diese zusammen.

Die Konferenz beim Demobilmachungskommissar wirft ein bezeichnendes Bild auf die Disziplin dieser Organisation. Mit einem wilden Indianergeschrei stürzten sich die 20—30 Delegierten auf den Schreibtisch des Kommissars, einer wollte den anderen übertönen, um für seinen Beruf den Achtstundentag zu erwirken. Etwas Organisatorisches, Diszipliniertes zeigte dieses Bild also nicht. Vielmehr zeigte es, daß man mit Menschen derartigen Charakters zwar stundenlang sprechen kann, ohne ihnen später etwas zu geben. Das wird sich in der nächsten Zeit auch zeigen, denn während die Tarifgemeinschaft mit den Betriebsräten fast täglich in Verhandlungen mit der Regierung steht, werden die Korfantysten über diesen Glanztag hinaus wohl kaum hinausgehen.

Ein Mitglied der Delegation.

Kattowitz und Umgebung

Rangierbahnhöfe.

Tagtäglich führt mein Weg am lärm- und dampfumwirbelten Rangierbahnhof vorbei. — Unter Brücken, die für Sekunden in kochenden Dampflawinen verschwinden, donnern die Züge her und hin.

Lokomotiven speien glühende Kohlefunken aus dampfenden Feuerleibern und Brücken zittern in den Fundamenten von wuchtenden Tonnenlatten, die in vierzig Kilometer Fahrt über die federnden Schienenstöße dahinrollen.

Am strohbepackten Bremserhäuschen siehst du den blaugefrorenen Kameraden nicht, der bergab die Bremse zwingt, daß von den stählernen Bremshebeln Funkengarben auf die Schienen sprühen. — Du siehst im Packwagen den Zugführer nicht, der über den Fahrtbericht gebeugt, die eben passierte Blockstelle notiert. — Im Rauch und Qualm siehst du den Heizer nicht, der hinter offner Feuertür die teerigflammende Kohlenglut mit langen Eisenhaken niederstößt und vollen Schwunges frische Kohlenmassen in die Feuergrube wirft. —

Die parallelen Schienenstränge dehnen sich und wenden sich in die Unendlichkeit. Abzweigende Rangiergleise stehen voll von Güterzügen. Auf Doppelwagen liegen riesige Karpathenhölzer. Ein Hundertachsenzug rumänischer Petroleumwagen steht zwischen endlos langen Koks-, Erz- und Kohlenwagen. Von Laderampen her dringt jämmerliches Brüllen hungriger Kälber. Fischwagen, voll frischer Fische in Eis verpackt, Waggons voll Apfelsinen, die nach Süden und nach Sonne duften, Turbinenteile, Schwungräderhälften und Maschinenkessel, mit Leinenplänen gegen den Schnee geschützt, — unübersehbar ist das weite Wagenrevier.

Rangiermaschinen belfern wie schwarze Schäferhunde die langen Wagenreihen auf und ab, zerren und jagen die Wagen, daß die Kopplungen kreischen und die Puffer knallend aneinander prasseln. — Wagennotierer schreiben im Laufschritt ihre Zahlen an jeden Waggon. — Rangierer, die Signalpfeife zwischen den Zähnen, springen armschwenkend die rollenden Wagen auf und ab, werfen mit ihrer ganzen Körperkraft die Weichenhebel herum, daß die Weichenlampen polternd klirren und koppeln im gehetzten Tempo zwischen knirschenden Rädern die rollenden Wagen ab und an. Die Räder drehen sich wie runde, spiegelblanke Messer unaufhaltsam Tag und Nacht und es vergeht kein Tag, daß nicht die Zeitung meldet: ein Rangierer — Vater — — Ernährer — — — tödlich verunglückt — — — und morgen — übermorgen — alle Tage knirschen Räder über Menschenleiber weg!

Zur Frage der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

Am gestrigen Mittwoch begaben sich Delegierte der Stadt Kattowitz und zwar Stadtbaurat Sikorski, sowie Stadtrat Dr. Przybylla nach Warschau, um beim Ministerium für öffentliche Arbeit, in der aktuellen und in der Tagespresse bereits mehrfach behandelten Frage betreffend die produktive Arbeitslosenfürsorge zu konferieren. Dieser Kommission ist ein entsprechendes Memorial enthaltend besondere Leitsätze, vorausgegangen, welches seitens des Magistrats durch die Wojewodschaft dem Ministerium bereits zugesandt worden ist. Sofern die Besprechungen in Warschau das erwartete, günstige Resultat zeitigen sollten, wäre beispielsweise die Stadt Kattowitz nach den gehegten Voraussetzungen in der Lage, zirka 500 Beschäftigungslosen zumindesten für die Zeitdauer von 8 Monaten eine Arbeitsmöglichkeit gegen Tariflohn zu bieten und durch Vornahme der vorgesehenen Arbeiten sichtliche Werte zu schaffen. Da anzunehmen ist, daß die anderen Kommunen dem Beispiel der Stadt Kattowitz bald folgen würden, könnte in kommender Zeit innerhalb der Wojewodschaft allmählich an die Verwirklichung des Projektes betr. die produktive Arbeitslosenfürsorge herangegangen werden.

Aus der Magistratssitzung. Außer verschiedenen Budget- und Personalfragen lag auf der Dienstag-Sitzung des Kattowitzer Magistrats eine weitere Angelegenheiten zur Beschlußfassung vor. Zwecks einer besonderen Konferenz in der Frage betr. die produktive Arbeitslosenfürsorge beim Arbeitsministerium, wurden laut Beschluß zwei Vertreter im Auftrage der Stadt nach Warschau entsandt, worüber an anderer Stelle unserer heutigen Zeitung berichtet wird.

Kammersänger Paul Bender und die Eröffnung des Schubertjahres in Katowice. Das Jahr 1928 ist das Jahr Franz Schuberts, des größten musikalischen Genies, das je gelebt. Die ganze musikalische Welt rüstet sich, dieses Jahr würdig zu feiern, und wo immer nur Kulturmenschen zusammen wohnen, wird man auch in dem kleinsten Orte des großen Meisters gedenken, der uns im deutschen Lied das Herrlichste geschenkt hat, was ein Mensch zu geben hatte: Ewigkeitswerte. So wird das erste der diesjährigen Meisterkonzerte zum großen Teil dem Andenken Franz Schuberts gewidmet sein. Am Montag, den 9. Januar wird im Stadttheater Kattowitz kein Geringerer, als Kammersänger Paul Bender, der „deutsche Meistersinger“, wie ihn die musikalische Welt nennt, der unübertreffliche und gefeiertste Interpret des deutschen Liedes, mehr als 10 der bedeutendsten Lieder Schuberts zum 1. Mal in Katowice singen. Würdiger als durch die Kunst dieses ersten und größten deutschen Meisters dessen Lied — Interpretationen selbst die kühlen Amerikaner zu rasender Begeisterung gebracht haben, können wir das Andenken Schuberts nicht feiern. Die Presse der ganzen Musikwelt feiert Bender in Worten höchster Begeisterung. Hervorgehoben sei eine einzelne Pressestimme aus Brünn, wo man einem Konzert ein zweites folgen lassen mußte, über das die dortige Presse von einer „Völkerwanderung“ spricht, die zu Bender pilgerte. Hierzu schreibt der Brünner Kritiker: „Es war selbst in den Tagen dieses verwirrten Konzertlebens das einzige und erschütterndste Erlebnis dieser Bender-Abend.“ Der Abend bringt außer 10 der größten Gesänge von Schubert eine Anzahl Lieder von Richard Strauß, Hugo Wolf und Hans Pfitzner. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Rathausstraße, täglich von 10—2 Uhr.

Volkshochschule Kattowitz. Das 2. Wintersemester wird am Sonntag, den 15. Januar mit einem Lautenliederabend unseres heimischen Lautenkünstlers E. Swienk eröffnet, an welchem auch die neugegründete Kattowitzer Singgemeinde mitwirken wird.

Die Sprachkurse werden in der Woche vom 16. bis 21. ihre Fortsetzung nehmen, und zwar Polnisch, Englisch für Anfänger und Fortgeschrittene und Chemie zu den gleichen Zeiten wie bisher. Neuanmeldungen werden wie bisher in der Buchhandlung Hirsch entgegengenommen, die auch nähere Auskunft erteilt. Bei genügendem Interesse ist auch ein neuer Anfängerkursus für Polnisch und Englisch vorgesehen. In Chemie wird nach Beendigung der anorganischen jetzt die organische Chemie behandelt. Im Februar wird Professor Dr. Rath einige Vorträge halten über Natur und Mensch, ihre Wechselbeziehungen und Entwicklung.

Das Gebot der Stunde

Männer und Frauen hört es!

Wer die Reaktion niederringen und den Sozialismus, die Befreiung der arbeitenden Klasse aus den Fesseln des Kapitalismus, erreichen will, der trete dafür ein, daß alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, Frauen und Mädchen der schaffenden Stände

für die Ideen des Sozialismus

gewonnen werden.

In jedes Haus, in jede Hütte müssen die Samenkörner des Sozialismus getragen, in allen Betrieben und Werkstätten muß die Aufklärungsarbeit mit aller Kraftanstrengung betrieben, die Grundlagen und Ziele der Sozialdemokratie den indifferenten Arbeitskollegen dargelegt werden.

Eine durch Aufklärung gefestigte sozialistische Volksmehrheit wird unüberwindlich sein, während die Diktaturherrschaft einer Minderheit, ganz gleich, ob von rechts oder links, immer die Gefahr eines Bürgerkrieges in sich birgt, weil die Machthaber der Diktatur sich immer nur durch die Gewalt der Waffen behaupten können. Blut ist aber genug geflossen.

Folgen wir daher den alten Traditionen der **Sozialdemokratischen Partei**, die stets jede Gewaltpolitik verabscheute und bekämpfte und trefflich in folgender Strophe des Sozialistenmarsches wiedergegeben wird:

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint und Speer nicht kämpfen wir,
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen,
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier.

Das beste Schwert des Geistes

aber ist im Tageskampf die Arbeiterpresse, der

„Volkswille!“

Wenn Du es noch nicht im Hause hast, dann bestelle es sofort!

Die neuen Höchstpreise. Ab gestrigen Mittwoch sind von der Preisfestsetzungskommission in Kattowitz neue Höchstpreise für Butter, Schmalz und Schweinefleisch festgesetzt worden. Es beträgt der Höchstpreis für Tafelbutter auf dem Markte (pro Pfund) 360, Landbutter 320, amerikanischen Schmalz 170, Schweinefleisch 1. Sorte im Geschäft 160, Schweinefleisch 1. Sorte in der städtischen Fleischhalle 150 Groschen.

Zirkusprinzessin und nicht Kronprinzessin. In der gestrigen Notiz über das Gastspiel Elsa Kochhan ist ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen, und zwar steht es dort „Kronprinzessin“ anstatt „Zirkusprinzessin“.

Königshütte und Umgebung

Die ersten Tage.

In diesen ersten Tagen des neuen Jahres ist es einem zuweilen zumute wie dem Mieter, der die Wohnung bezogen hat, und der nun zaghaft abtastet, wie das hier alles ist: ob die Oefen nicht rauchen, was für Leute die Nachbarn sind, wie sich der Haus- und Korridorschlüssel unterscheidet. Man ist noch nicht recht heimisch geworden.

Der Weihnachts-Neujahrskomplex stellt so etwas Aehnliches wie eine Barriere dar: eine natürliche Interpunktion der Zeit. Es ist eine betrübliche Erfahrung der Statistik, daß der Stimmungsgehalt, der vom Abschluß des Jahres ausgeht, einen besonders starken Anreiz auf Lebensmüde ausübt, und daß die Selbstmordzahlen in dieser Periode zu Rekordzahlen anschwellen. Ein Lebensabschnitt schien am Silvesterabend bezwungen worden zu sein, aber nun, in den Tagen des neuen Abschnittes, geht es einem wie den Soldaten, die zum Sturm auf eine Berghöhe vorgejagt worden waren. Die Berghöhe ist genommen —, aber hinter der Berghöhe dehnen sich neue Berghöhen, und hinter diesen werden wieder andere sein. Wo ist hier das Ende abzusehen?

Die Bekannten, die einem auf der Straße begegnen, begnügen sich nicht mit dem üblichen einfachen Gruß. Gleich als ob die Fahrt durch die Zeit in den letzten Tagen besonders beschwerlich gewesen wäre, und als ob es gegolten hätte, außergewöhnliche Widerstände zu überwinden, fragen sie, wie man das neue Jahr angetreten habe, und ob man gut hineingerutscht sei. Uebrigens hat man sich auch in äußerlichen Dingen noch nicht an den neuen Zustand gewöhnt. Das mit der Jahreszahl will noch nicht recht klappen. Selbstverständlich muß man jetzt 1928 datieren und nicht 27, wie die 365tägige Uebung einen immer wieder hinschreiben läßt.

Börsenkurse vom 5. 1. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91 3/4 zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.25 zł
	1 Dollar	=	8.91 3/4 zł
	100 zł	=	46.92 Rmk.

So um den 5., 6. Januar herum weicht dann das unterirdische und leise Gefühl, daß etwas Außergewöhnliches vorliege in diesen ersten Tagen des Jahres, daß sie der Start zu etwas Neuem, Anderem wären, daß sie zu Optimismus oder gesteigerter Lebensbesorgnis Veranlassung gäben. Alles läuft wieder im alten Gleise. Die Tage von 1928 sind nicht anders als die vom Jahre 1927. Jeder neue Tag ist wie die vergangenen voll von Mühsal, Last, Ungewißheit und beschwert vom Druck des Daseins. „Viel Glück im neuen Jahr!“ Du lieber Himmel: das neue Jahr ist eine kalendarische Angelegenheit, die sich auf Formalitäten der Zeitberechnung bezieht und nichts Tieferes berührt. Das Neue, das einmal kommen soll und einmal kommen muß, hat mit dem gregorianischen Kalender so wenig zu tun, wie die Qualität eines Weines mit der Beschaffenheit einer Flasche. Nicht in den Abreißzetteln ruht die Zukunft, sondern in unserem Kopf und unseren Fäusten.

Deutsches Theater Königshütte. Freitag, den 6. Januar (Feiertag), finden zwei Vorstellungen statt. Um 8 Uhr nachmittags kommt das Weihnachtsmärchen Rübezahl „Der Geist der Berge“ und abends 8 Uhr „Die Zirkusprinzessin“ zur Aufführung. Bei dem Märchen wirken das Orchester und das Ballett mit. Vorverkauf von 10—1 und von 5½—6½ Uhr. — Telephon 150.

Das Blüthner-Orchester aus Berlin in Königshütte. Es ist der Deutschen Theatergemeinde gelungen, das gesamte Blüthner-Orchester zu einem Konzert zu verpflichten, das am Donnerstag, den 2. Februar im großen Saale des „Graf Reden“ stattfindet. Es ist dies die einzige Veranstaltung in Polnisch-Oberschlesien.

Verurteilter Taschendieb. Der Arbeiter W. aus Königshütte ist dabei ertappt worden, wie er einer Frau die Geldtasche mit fünf Mark gestohlen hatte. Wegen dieses Diebstahls und weil er ohne Papiere über die Grenze gekommen war, wurde er am Mittwoch vom Amtsgericht in Beuthen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Siemianowitz

Pan Wrobel droht mit dem Revolver. In Siemianowitz spielte sich wiederum ein Vorfall ab, der bezeichnend für die Anmaßung der Aufständischen ist. Im Kaiserschen Lokal auf der Richterstraße erschien der Aufständische Wrobel und verbat einem Unteroffizier, der sich mit seinen Bekannten unterhielt, die deutsche Sprache. Als der Unteroffizier diese Anmaßung zurückwies, zog der Aufständische einen Revolver und drohte den Unteroffizier zu erschießen. Nur mit Hilfe der anwesenden Gäste gelang es, den Wüterich aus dem Lokal zu befördern und ihm den Revolver zu entreißen. Aus Rache zertrümmerte er mit einem Granitstein die große Spiegelscheibe des Lokals im Werte von über 1000 Zloty.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Unglücksfall. In der Kesselfabrik der Bismarckhütte fand der 21 Jahre alte Schmied Georg Neumann seinen Tod, in dem ein Stück des Schleifsteines absprang und ihn so unglücklich am Kopfe traf, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Pleß und Umgebung

Arbeitsbetrieb im Kreise Pleß. Die Plesser Gruben haben größere Aufträge für Kohlenlieferungen, so daß täglich gearbeitet werden kann. Die Alexander- und Valeskagrube arbeiten mit erhöhter Arbeiterzahl. Die Nikolaier Werke sind vollauf im Betrieb. In normaler Arbeitszeit wird auf den Brettmühlen in Nikolai, Emanuelssegen, Kobier und Neuberun gearbeitet.

Feuer. Am 2. Januar brach in der Besitzung des Theodor K. in Kamionce Feuer aus, das auf unglückliches Hantieren mit offenem Licht zurückzuführen ist. Der entstandene Schaden wird auf zirka 2000 Zloty geschätzt.

Deutsch-Oberschlesien

Hindenburg. (Grubenunfälle.) Fördermann Franz Buchinek aus Hindenburg ist auf der Ludwigsglückgrube unter Tage gestürzt und erlitt einen Ellenbogenbruch. — Der Häuer Max Kotzwende aus Hindenburg ist auf der Guidogrube vom Kasten gequetscht worden und trug Unterschenkelquetschungen und einen Unterarmbruch davon. — Der Fördermann Hermann Biduch aus Gleiwitz ist auf der Sosnitzagrube von einem Kasten gequetscht worden. Er erlitt einen Becken- und Unterarmbruch. — Der Häuer Viktor Bad von der Werderstraße in Hindenburg ist auf der Abwehrgrube von Kohle getroffen worden und zog sich einen Unterschenkelbruch zu.

Gleiwitz. (Praktischer Schutz vor Falschgeld.) Das Polizeipräsidium in Gleiwitz gibt bekannt, daß die vor kurzer Zeit zur Ausgabe gelangten Fünfzigpfennigstücke aus Reinnickel magnetische Eigenschaft besitzen. Da eine Nachahmung der Stücke in Reinnickel aus technischen Gründen nicht in Betracht kommt und auch das ebenfalls magnetische Eisen als Ersatzmetall aus den gleichen Gründen ausscheidet, wird jedes falsche Fünfzigpfennigstück dieser Ausgabe an dem Fehlen der magnetischen Eigenschaft mit Leichtigkeit zu erkennen sein. — Will man sich also vor der Empfangnahme von Falschgeld schützen, so müßte man ständig einen Magneten bei sich tragen und das Geld nicht mehr mit der Hand, sondern mit dem Magneten in Empfang nehmen. Schade, daß diese praktische Methode nicht bei Zwanzig- und Fünfzigmarkscheinen anzuwenden ist. Aber vielleicht wird mal eines Tages auch das große Geld auf Reinnickelplättchen geprägt. Und der Taler, der muß wandern, von dem einen Magneten zum andern.

Englische Wahlaussichten

Von Egon Wertheimer (London).

1. Baldwins vierter Winter.

Hoch klang, durch die Karnevalsstimmung der Wahlnacht 1924 hindurch, das Lied vom braven Manne Baldwin. Hier war ein Staatsmann nach dem Herzen des Bürgertums: der ein wenig einfältige und naive, aber grundanständige Mann; Verkörperung des common sense des Briten — konservativ, demokratisch, fortschrittlich und sozial zugleich. Der neue Ministerpräsident schien entschlossen, sich nach dem Bilde zu formen, das sich die schnell wuchernde Legende von ihm gemacht hatte. Baldwin, der sich weigert, den ersten Schuß im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit zu feuern, Baldwin, der von seiner eigenen Anständigkeit hingerissen in die Worte des „Gebetbuches“ ausbricht: „Gib uns Frieden in unserer Zeit, o Herr!“ Kurz der neue Disraeli, doch englischer, anheimelnder und weniger dämonisch als jener „fremde Patriot“ Disraeli selbst.

Aber wehe! Das selbsterrichtete Standbild zerbrach im Sturme des Generalstreiks. Vor uns steht, seit Mai 1926, ein anderer Baldwin: ein Reaktionär, Erzklassenkämpfer des Bürgertums und Feind der Arbeiterschaft. Mag sein, daß eine persönliche Tragödie hinter solcher Entlarvung steht: daß hier ein ehrlich Wollender das Opfer stärkerer Mächte und Intellekte geworden ist. Daß dieser Gefangene der Kampfhähne Birkenhead und Churchill ein innerlich gebrochener Mann ist. Aber den Betrachter, der nach dem Sinn des Geschehens fragt, kann die persönliche Absicht nicht kümmern. Er sieht das Ergebnis. Er wird in der Kapitulation Baldwins vor der Reaktion, im Gefolge des großen Klassenkampfes von 1926, eine schicksalhafte Wendung in der englischen Politik erblicken: das Scheitern des wohlwollenden Konservativismus, das Ende der disraelischen Tradition des sozialen Torytums, den Schlußstrich unter einer großen Tradition, die das politische Leben Großbritanniens im 19. Jahrhundert grundsätzlich von dem seiner kontinentalen Brudermächte unterschieden hat. Von 1926 ab wird das Gesicht der britischen Innenpolitik, nicht in seinen äußerlichen Erscheinungen, wohl aber in ihren praktischen Auswirkungen dem der übrigen europäischen Demokratien ähnlicher sehen als jemals vorher.

Zu Beginn des vierten Winters ist Stanley Baldwin das nominelle Haupt einer Regierung, die auf die Attribute der Fortschrittlichkeit, der sozialen und demokratischen Grundrichtung kein Anrecht mehr hat. Einer Regierung, die die Erwerbslosensätze vermindert, Abertausende der staatlichen Hilfe beraubt, die Besteuerung der Reichsten auf Kosten der Arbeitslosen- und Krankenversicherung vermindert hat, die den Bergarbeitern niedrige Löhne und eine längere Arbeitszeit aufgezwungen, die Steuern auf Gebrauchsgegenstände der breiten Massen erhöht hat. Deren nationale Sparpolitik in groteskem Maße versagt hat, deren Militär- und Flottenpolitik, den Versprechungen des Wahlprogrammes zum Trotz, keinerlei Tendenz zur Abrüstung zeigt, deren Kolonialpolitik das Weltreich in seinen Grundfesten bedroht. Deren Reformpläne für das Haus der Lords die Basis der britischen Demokratie zu erschüttern drohen.

Die Bilanz Baldwin im vierten Winter: Reaktion gemildert durch Schwäche und inneren Zwiespalt; politische Lethargie und Enttäuschung.

2. Konservative Ebbe.

Nur mit dem Vorbehalt, daß es sich mehr um die Deutung von Symptomen als um die Analyse greifbarer Tatbestände handeln kann, wird man an die Beantwortung der Frage herantreten, wie sich die „Bilanz Baldwin“ auf die Stimmung der Wählerschaft ausgewirkt hat. Was die Konservativen anlangt, wird man — im Gegensatz zur Liberalen Partei! — die Presse zur Auskunft heranholen können. Die dauernden Mahnungen der „Times“, das Kabinett nach der Personenseite zu „rekonstruieren“, die zeitweise Revolte der konservativen Beaverbrookblätter, die auf eine unvergleichliche Art die Hand am Pulse der öffentlichen Meinung haben, die offene Feindseligkeit der rechtsradikal-volkstümlich-demokratisch-faschistischen Rothermerepresse — diese ganze Skala von Winken mit dem Zaunpfahl bis zu unverhohlener Kampfansage gibt deutliche Fingerzeige. Zumal dann, wenn man daneben die verhältnismäßige Zufriedenheit der Konservativen vom Schlage der Leser des „Daily Telegraph“ und der „Morning Post“ nicht übersieht. Auf eine kurze Formel gebracht, weisen alle diese Symptome darauf hin, daß es der Regierung Baldwin mit ihrem Saltomortale von 1926 nur gelungen ist, das Vertrauen der im strengsten Parteisinne konservativen Kreise zu erhalten, während sie auf der anderen Seite weder den rechten Flügel besänftigt, noch die konservativen Mitläufer befriedigt hat. In seiner praktischen, wahltechnischen Auswirkung bedeutet das, daß Baldwin, käme es in diesem Augenblick zu Neuwahlen — immer vorausgesetzt, daß keinerlei Sinowjewbrief eine neue Panik schafft —, nur mit den Stimmen der parteipolitisch konservativen Bevölkerungskreise rechnen kann, die Mitläufer von 1924 jedoch verloren hat. Die Ergebnisse der ersten zwanzig Neuwahlen der Jahre 1925/26/27 geben hierfür unmißverständlich Zeugnis. Während die Konservativen in diesen zwanzig Wahlkreisen bei den letzten Gesamtwahlen annähernd 300 000 Stimmen erzielten, stimmten bei den Nachwahlen nicht ganz 200 000 Wähler konservativ. Auf eine Gesamtabrechnung übertragen, bedeutet dieser Verlust von 30 Proz. das sichere Ende der Baldwinschen Majorität, die ja von allem Anfang an einer Minderheit der abgegebenen Stimmen gestützt war. Baldwin balancierte von allem Anfang an im leeren Raum. Heute ist seine Politik nichts mehr als eine Regierung des „Als — ob“ — eine Diktatur auf Abruf!

3. Die liberale Chance.

Die Liberalen sind bei den verhängnisvollen Wahlen von 1924, dank einer völlig desorganisierten Wahlmaschine, inneren Uneinigkeiten, einem für die Wählerschaft fühlbaren politischen Minderwertigkeitskomplex und ihrer Unfähigkeit, im Antibolschewismus mit den Konservativen konkurrieren zu können, vernichtend geschlagen worden. Ihre Flut hat wieder zu steigen begonnen. Die liberale Parteimaschine ist nunmehr in gutem Zustand, der parlamentarische Führer der Partei Lloyd George hat die schwere Vertrauenskrise der Jahre 1925/26 überwunden, die liberale Presse ist wieder bei der Stange und das liberale Bürgertum befindet sich sichtbar auf dem Rückzug aus dem konservativen Gutsbezirke, in das es vor vier Jahren in wilder Bolschewistenfurcht panikartig geflüchtet war.

Damit ist die Basis für einen liberalen Erfolg gegeben. Ihm sind allerdings von Anfang an enge Grenzen gezogen: das neue, industrielle und schutzzöllnerische Großbürgertum ist, wie das Proletariat — einst das große Reservoir für die liberalen Siege der Vergangenheit — der Liberalen Partei unwiederbringlich verloren. Es sind, außer den traditionell liberalen Familien, die politisch formlosen bürgerlichen Cemente — die 1924 konservativ gewählt haben — auf deren Unterstützung sich die Hoffnungen der Liberalen Partei aufbauen. Eine negative Chance — aber eine durchaus realistische. Täuschen die Anzeichen nicht, so werden die Liberalen ihre Sitze verdoppeln oder sogar verdreifachen. Statt drei Dutzend liberalen Abgeordneten wird es vielleicht hundert geben.

Mag das Gewicht der Liberalen bei zukünftigen Entscheidungen in verstärktem Maße in Erscheinung treten — grundsätzlich wird nichts geändert sein: die Liberalen bleiben zur Rolle der kleinsten der drei politischen Parteien verdammt.

4. Der Sieger von morgen.

Die Labour Party hat sich, unter den denkbar ungünstigsten äußeren Verhältnissen, in den drei vergangenen Jahren über alle Erwartungen hinaus gut geschlagen. Im Parlament weit unter ihre zahlenmäßige Bedeutung reduziert, hat sie aus ihrer Stellung als der offiziellen Opposition herausgeholt, was immer zu holen war. Von den Folgen des Generalstreiks materiell und moralisch im Marke getroffen, hat sie eine der schwersten inneren Krisen ihrer Geschichte mit jugendlicher Frische überwunden. Sie hat die Scheidelinie zu den Kommunisten, deren Fehlen ihr 1924 mit zum Verhängnis geworden war, schärfer als jemals gezogen, hat den linken Flügel — stets weniger rebellisch als die bürgerliche Presse wahr haben wollte! — fester an die Gesamtpartei gebunden als je, eine geschlossene Front mit Gewerkschaften und Genossenschaften hergestellt und die große Agitationsarbeit in Stadt und Land im größten Stile aufgenommen. Die Wählerschaft hat in den Nachwahlen die ersten Quittungen erteilt: Labour vermochte, als einzige der drei großen Parteien, einen absoluten Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Ein Versuch, die Aussichten der Arbeiterpartei bei den nächsten Neuwahlen zu umreißen, wird sich allerdings vor Illusionen hüten müssen: es ist unverkennbar, daß die bürgerlichen Ueberläufer in den letzten Jahren seltener geworden sind und daß sich diejenigen proletarischen Schichten, die der Arbeiterpartei nicht im ersten Ansturme zugefallen sind, besonders die Landarbeiter, schwerer zugänglich erweisen als man ursprünglich gehofft haben mochte. Die Zeit des pilzartig-jähen Wachstums der Arbeiterpartei ist vorüber; gemessen an dem Aufstieg der letzten zehn Jahre kostet jeder Fußbreit Neulands nunmehr doppelte, ja dreifache Arbeit. Dies wird man in Anrechnung bringen müssen, wenn man der Arbeiterpartei das Wahlhoroskop stellt, und man wird nicht übersehen dürfen, daß die Schaffung von fünf Millionen neuer jugendlicher weiblicher Wähler in seiner Auswirkung gerade auf die Arbeiterpartei eine weitgehend unbekannte Größe darstellt. Zieht man mit größter Nüchternheit die Bilanz, so wird man also annehmen können, daß die Arbeiterpartei dank der sozial-reaktionären Gesetzgebung Baldwins unter den Industriearbeitern weitere Fortschritte gemacht hat, daß es ihrem Agrarprogramm gelungen ist, einen gewissen Prozentsatz der konservativen Landarbeiter herüberzuziehen, daß ihr ein größerer Anteil der weiblichen Jugendwähler zufallen wird als dies auf dem Kontinent der Fall war und daß ein kleiner Bruchteil der kleinbürgerlichen Stimmen diesmal der sozialistischen Partei zufallen werden. Das eröffnet die Aussicht auf eine ganz bedeutende, gemessen an den bürgerlichen Parteien sogar unverhältnismäßige, Stimmenvermehrung. Das große Fragezeichen ist und bleibt allerdings das launenhaft-unzurechnungsfähige Wahlsystem, das sich 1924 so sehr gegen die Arbeiterpartei gekehrt hat. Auch hier haben die Umstände freilich zugunsten der Arbeiterpartei gewirkt: das Dazwischentreten von liberalen Kandidaten in beinahe allen Wahlkreisen wird die Konservativen ihres Vorteils von 1924 berauben und berechtigt zur Hoffnung, daß sich bei den nächsten Wahlen der abgegebenen Stimmen auch in einer entsprechenden Anzahl der Parlamentssitze auswirken wird. Bei aller Vorsicht, die man schon als pessimistisch bezeichnen könnte, wird hier mit einer Vermehrung der sozialistischen Fraktion um 100 Abgeordnete, also etwa 75 Prozent, gerechnet. Sie wird nahe an die Konservativen heranrücken, sie vermutlich jedoch diesmal zahlenmäßig noch nicht überflügeln. Daß die Arbeiterpartei, gemeinsam mit den Liberalen, eine absolute Mehrheit besitzen wird, wird hier freilich nirgends bezweifelt.

Indes wird Baldwin, der die größte Niederlage seiner politischen Laufbahn durch eine verfrühte Parlamentsauflösung erlitten hat, sein längst greisenhaft gewordenes Parlament bis an die verfassungsmäßig und traditionell gegebene Grenze durch allerhand Injektionen künstlich am Leben erhalten. Mag, was wahrscheinlich ist, in England im Jahre 1928 gewählt werden, oder erst zu Beginn 1929 — das Schicksal der Regierung Baldwin ist bereits entschieden und die Periode der schlimmsten, weil heuchlerisch, verhüllten Reaktion der neueren Geschichte Großbritanniens nähert sich mit Riesenschritten ihrem Ende.

Das Frauenwahlrecht in Frankreich?

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Anfang Januar.

Wenn Mitte Januar Kammer und Senat wieder zusammentreten, dann steht vor dem hohen Parlament die Frage des Frauenwahlrechts als einer der ersten Punkte auf der Tagesordnung. Der Ministerpräsident Poincaree hat der Pariser Rechtsanwältin Maria Verone (Vorsitzende der „Französischen Liga für Frauenstimmrecht“) bereits mitgeteilt, daß die französische Regierung beschlossen hat, sich vor dem Senat für das aktive und passive Wahlrecht der französischen Frauen einzusetzen, — allerdings einstweilen nur für die Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen.

Schon tobt der Protest. Er kommt vor allem aus der „Demokratischen Linken“ des Senats. Das ist die Senatsgruppe der „Radikalen Partei“, welche im Senat den größten Einfluß auszuüben vermag. Die Kammer hat längst ein Gesetz über das allgemeine Frauenwahlrecht angenommen, aber die alten Herren im Senat konnten sich bisher nicht dazu entschließen, den gleichen Weg einzuschlagen. Auf dem Kongreß, den die „Radikale Partei“ im Oktober in Paris abhielt, hat die Frauengruppe der Partei erklärt, sie begnüge sich als erste Etappe mit dem Wunsch der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrecht für die Stadtverordneten-Versammlungen. Aber selbst diese bescheidene Bitte wurde der Frauengruppe abgelehnt, obwohl diese sehr richtig darauf hinwies, daß eine derartige Ablehnung eines wichtigen liberalen Grundsatzes kein gutes Mittel sei, um linksstehende Frauen gerade der „Radikalen Partei“ nahe zu bringen und daß es schon allerhand Mut koste, überhaupt noch eine Partei zu verteidigen, die bisher nicht das Mindeste für die Frauen getan hat.

Man weist auch in der „Radikalen Partei“ gern darauf hin, daß in der Erklärung der Menschenrechte nach der französischen Revolution von 1789 das Wort „Bürger“ (alle Bürger sollten vor dem Gesetz gleich sein) nicht bedeute, daß Mann oder Frau nicht die gleichen Rechte in der Staatsverwaltung haben, aber wohl die gleichen Pflichten bei der Steuerzahlung oder bei der Mobilisation zum nächsten Kriege. Besonders auf ihre Mutterpflicht gegenüber den Kriegstreibern weisen die linksstehenden französischen Frauen hin. Eine Propagandistin der „Liga für Frauenaktionen“ verteilte im vorigen Jahr auf der Straße in der Nähe des Pariser Rathauses einen Aufruf gegen das Kaufen von Bleisoldaten. Eine Mutter, die den Aufruf gleich überlas, knüllte daraus einen Ball und warf ihn der Verteilerin zurück, wobei sie zu ihrem Sohn sagte: „Dein Vater war im Kriege. Da kannst Du, wenn es sein muß, auch ruhig hingehen“. Seitdem hat die „Liga für Frauenaktion“ eine starke Propaganda gegen den Verkauf von Bleisoldaten in Frankreich organisiert. Noch vor Weihnachten vorigen Jahres schrieb sie an alle großen Geschäfte von Paris und bat dringend um Einstellung des Verkaufs von Kanonen, Munition usw. Ein einziger Warenhausdirektor antwortete, aber nur um zu sagen, die Rolle der Kaufleute bestehe darin, dem Wunsche ihrer Kunden Rechnung zu tragen. Die Liga war durch die Antwort nicht entmutigt. Sie wandte sich nun direkt an die Fabrikanten und eine genaue Ueberwachung der Geschäfte hat ergeben, daß man es nicht nötig hat, wie die amerikanischen Frauen, die betreffenden Geschäfte einfach zu plündern, sondern daß die Kaufleute bald ihr Lager schnell abzusetzen suchten und nur noch sehr geringe Nachlieferungen vorkamen.

Nicht nur wegen des größeren Friedenswillens der Frauen, sondern auch deshalb, weil diese ein erster Faktor bei der Neuordnung der sozialen Verhältnisse sein können, tritt die französische sozialdemokratische Partei fast einmütig für das Frauenwahlrecht ein, und zwar für das vollständige, das sich nicht auf die Stadtverordneten-Versammlungen angstvoll beschränkt. Einige vorsichtige Stimmen weisen warnend darauf hin, daß die in Frankreich noch sehr unter dem Einfluß der katholischen Pfarrer stehenden Frauen viel eher für die Reaktion als für den Fortschritt eintreten werden, weshalb übrigens auch die Rechtsparteien sehr eifriger Verfechter des Frauenstimmrechts in Frankreich geworden sind. Aber selbst auf diese Gefahr hin haben die französischen Sozialisten den Mut — und Leon Blum betonte das erst eben wieder in einem Leitartikel des „Populaire“ —, das Prinzip des Frauenwahlrechts baldigst in die Praxis ganz umgesetzt sehen zu wollen. „Das ist eine Revolution! Da überläßt man das Schicksal der französischen Republik einem Würfelspiel“, schreibt wörtlich der radikale „Homme libre“ und doch haben die skandinavischen Länder, hat Australien und Neuseeland diese Reform schon als erste nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts durchgeführt, ohne daß man von einem Umsturz der sozialen Verhältnisse bisher dort etwas gehört hätte. Aber die 350 000 Frauen, die in den verschiedenen französischen Frauenstimmrechtsorganisationen tätig sind, werden noch manche harte Arbeit haben, bis sie sich am Ziel ihrer Bestrebungen sehen.

Kurt Lenz.

Das deutsche Schulwesen in Estland

Reval, im Dezember.

Auf einer Anfang Dezember abgehaltenen Tagung hat sich der Deutsche Kulturrat in Estland — das auf Grund des Gesetzes über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten geschaffene deutsche Kulturparlament — mit der außerordentlich schwierigen Frage der Ausarbeitung eines zweckmäßigen deutschen Schulnetzes zu befassen gehabt. Durch Krieg und Revolution, vor allem aber auch durch die Agrarreform ist der weitaus größte Teil der estländischen Deutschen außerordentlich verarmt, so daß auch hinsichtlich des Schulwesens mit größter Sparsamkeit gewirtschaftet werden muß, ohne daß andererseits wieder das kulturelle Niveau des hiesigen Deutschtums gefährdet wurde. Wie ungeheuer groß die Verarmung namentlich in den kleineren Städten des Landes ist — in Reval liegen die Verhältnisse etwas besser — erhellt z. B. aus der Tatsache, daß in Arensburg auf Oesel von 308 Personen, welche die Steuer zugunsten der deutschen Kulturverwaltung entrichten, 262 kein dis Existenzminimum erreichendes Einkommen haben.

Der größte Teil der deutschen Schulen in Estland sind Privatschulen, die von der Deutschen Kulturverwaltung wesentliche Zuschüsse erhalten. An öffentlichen, von Staat und Kommune unterhaltenen deutschen Schulen gibt es je eine Grundschule in Reval, Dorpat und in der einzigen deutschen Bauernsiedlung des Landes Heimtal (bei Werro), ein Knaben-Realgymnasium und ein Mädchen- (humanistisches) Gymnasium in Reval, sowie ein Koedukations- (humanistisches) Gymnasium in Dorpat. Die Zahl der deutschen Privatschulen dagegen beträgt zwanzig, von denen acht bis zum Abitur führen. Seit der Verwirklichung der Kulturautonomie unterstehen auch die öffentlichen deutschen Schulen nicht mehr den betr. Kommunalverwaltungen, sondern der deutschen Kulturverwaltung, die ihrerseits aber auf gleicher Grundlage wie die Schulämter der lokalen Selbstverwaltungskörper der Aufsicht des Kultusministeriums unterstellt ist. Die allgemeinen Vorschriften des Kutusministeriums über die Lehrpläne, Stundentafeln usw. der öffentlichen Schulen haben auch für die deutschen öffentlichen Schulen Gültigkeit — nur mit dem Unterschied natürlich, daß die Unterrichtssprache deutsch ist und das Estnische die Stellung der ersten Fremdsprache einnimmt. Den Privatschulen sind gewisse Abweichungen von den ministeriellen Lehrplänen gestattet.

Der letzten Tagung des Deutschen Kulturrats lag nun ein Antrag der Kulturverwaltung, dem Exekutivorgan des Kulturrats, vor, der einen gewissen Abbau im deutschen Schulwesen vorsieht. In einigen der kleineren Städte sollen wegen der Knappheit der Mittel die schwachbesuchten oberen Klassen der deutschen Schulen geschlossen und diese Gymnasien in 6klassige Grundschulen mit je 2 eine abgeschlossene Bildung ermöglichenden Ergänzungsklassen umgewandelt werden. Da den geltenden Gesetzen zufolge die Kommunalverwaltungen verpflichtet sind, Grundschulklassen für die nationalen Minderheiten zu unterhalten, sobald 20 Kinder vorhanden sind, so würden diese Schulen in öffentliche verwandelt werden können, wodurch der Unterricht in ihnen kostenlos wäre und außerdem die Kulturverwaltung sehr bedeutend finanziell entlastet würde. Doch neben rein finanziellen Erwägungen waren für die Vorschläge der Kulturverwaltung auch solche kulturpolitischen Charakters maßgebend: das ganze deutsche Bildungswesen (übrigens auch das estnische) ist von der russischen Zeit her noch allzusehr auf das Abiturium und den Besuch der Universität zugeschnitten, während die akademischen Berufe heute schon überfüllt sind und keine ausreichenden Existenzmöglichkeiten mehr gewähren. Die Universität Dorpat zählt heute 4208 Studenten, davon 267 oder 6,3 Prozent Deutsche (bei einem Gesamtprozentsatz von 2 Prozent Deutschen im Lande), und außerdem studieren noch weit über 100 estländische Deutsche an Hochschulen in Deutschland. Im Handel und Gewerbe könnten viele junge Deutsche ein gutes Fortkommen im Lande finden, nur müßte dem üblichen Bildungsgang dazu von

vornherein die entsprechende Richtung gegeben werden. Der Typus der Bürger- oder Mittelschule hat dagegen bisher im deutschen Schulwesen in Estland so gut wie vollständig gefehlt. Es sind also realpolitische Erwägungen sehr ernster Art, die einen teilweisen Umbau des deutschen Schulwesens gebieterisch fordern.

In der Sitzung des Kulturrats stießen diese Vorschläge vielfach auf Widerspruch. So wurde z. B. geltend gemacht, daß bei Schließung der oberen Klassen unbemittelte Eltern, denen die Möglichkeit fehlt, ihre Kinder in eine größere Stadt in die Schule zu geben, diese von vornherein in eine estnische höhere Schule schicken würden, wobei dann die Gefahr sehr groß ist, daß diese Kinder dem deutschen Volkstum ganz verloren gehen. Die Vertreter Arensburgs bezeichneten das Fortbestehen des vollausgebauten deutschen Gymnasiums direkt als eine Existenzfrage für das durch die isolierte Lage der Insel ohnehin in sehr schwierigen Verhältnisse lebende Deutschtum Oesels.

Schließlich einigte man sich auf ein Kompromiß, wonach eigentlich nur 2 der jetzt bestehenden Schulen abgebaut werden sollen, während Arensburg und einigen anderen kleineren Städten ihre bis zum Abiturium führenden Schulen erhalten bleiben.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 **Breslau Welle 322,6**

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 6. Januar 1928. 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18.50—19.20: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. — 19.20—19.50: Stunde der Deutschen Reichspost. — 20: Dr. Peter Bach singt eigene Lieder zur Laute. — 21: Uebertragung aus Gleiwitz: Skandinavische Stunde. Anschließend die Abendberichte und Zehn Minuten Esperanto.

Kattowitz — Welle 422

Freitag. 16.20: Berichte. 16.40: Polnischer Unterricht. 17.05: Nachrichten. 17.20: Geschichtsstunde. 17.45: Volkstümliches Konzert. 18.55: Berichte. 19.30: Vortrag. 20.15: Uebertragung aus Warschau.

Posen — Welle 280,4.

Freitag. 10.15: Uebertragung aus der Kathedrale. 12.45: Volkstümliches Konzert. 17.05: Vortrag. 17.45: Opern-Arien und Lieder. 19: Verschiedenes. 19.10: Radiotechnische Plauderei. 19.30: Vortrag. 20.15: Symphoniekonzert.

Krakau — Welle 422.

Freitag. 10.15: Uebertragung aus der Posener Kathedrale. 12: Zeitzeichen, Wetterbericht. 12.05: Uebertragung aus Warschau. 14.40: Berichte. 17.20: Vortrag. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 18.55: Berichte. 19.35: Vortrag. 20.15: Uebertragung aus Warschau.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1 — Klagenfurt 272,7 — Innsbruck 294,1 (versuchsw.)

Freitag. 10.30: Orgelvortrag. 11: Konzert. 16: Nachmittagskonzert. 18: Kammerabend. 19: Deutsche Rokokodichtung. 20: Aufführung der ehemaligen Hofmusikkapelle.

Wilna — Welle 435

Freitag. 17.20: Vortrag. 17.45: Konzert. 19.10: Vortrag. 20.15: Uebertragung aus Warschau.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Dienstag, den 10. Januar, findet ein Vortrag des Genossen Sobel über die „Hohe Tatra" mit Lichtbildern, um 7½ Uhr, im Saale des Zentralhotels, statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwünscht.

Kattowitz. Sonnabend, den 7. Januar, findet der Wiederbeginn des Kurses über „Geschichte der Volkswirtschaft", um 7½ Uhr, Zimmer 23 des Hotels Zentral, statt.

Bismarckhütte. Am Freitag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet im Arbeiterkasino Krol. Huta eine Jahresfeier statt, zu der alle Mitglieder, Sänger und Touristen herzlichst eingeladen werden.

Versammlungskalender

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Bismarckhütte, 6. Januar, vormittags 10 Uhr.
Kattowitz, 8. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Königshütte, 15. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Lipine, 17. Januar, abends 7½ Uhr.
Laurahütte, 22. Januar, vormittags 10 Uhr.
Schwientochlowitz, 29. Januar, vormittags 10 Uhr.

Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Kattowitz. Kinderfreunde. Am Freitag, den 6. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel, Zimmer Nr. 23, eine wichtige Kinderfreunde-Sitzung statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gewünscht.

Kattowitz. „Die Naturfreunde". Am Donnerstag, den 5. Januar, hält obiger Verein im Zentralhotel, Saal, seine diesjährige Generalversammlung ab. Erscheinen ist Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Zalenze. Bergarbeiter. Am 6. Januar (Fest der hl. drei Könige) findet bei Golczyk, vormittags 9½ Uhr, eine Mitgliederversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Die Mitgliedschaft wird gebeten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten an der Tagesordnung sind. Referenten: Kam. Ritzmann und Genosse Helmrich. Nach der Versammlung findet eine Sitzung der Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Zalenze statt. Daher werden die Vorstandsmitglieder gebeten, an erster Stelle zu erscheinen.

Domb-Josefsdorf. D. S. A. P. und Freie Gewerkschaften. Sonntag, den 8. Januar 1928, nachmittags 3 Uhr, findet in Agneshütte die Generalversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften (Bergarbeiter) statt. Da infolge der letzten Versammlung die Vorstandswahl vertagt wurde, wird es zur Pflicht gemacht, daß jedes Mitglied zu erscheinen hat. Referent: Kam. Sekulski.

Bismarckhütte. Freidenker. Sonntag, den 8. Januar, vorm. 9½ Uhr, findet in Königshütte, im Lokal bei Herrn Paschek, Tempelstr. 35, die fällige Monatsversammlung des Freidenkervereins Bismarckhütte statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, recht pünktlich zu erscheinen, Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen.

Königshütte. Ortsausschuß und Lokalkommission. Am Freitag, den 6. d. Mts., nachm. 3 Uhr, Sitzung des Vorstandes des Ortsausschusses Königshütte, sowie auch der Lokalkommission. Am Sonntag, den 8. d. Mts., nachm. 4 Uhr, findet eine Kartellsitzung des Ortsausschusses Königshütte statt. Die Delegierten werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Antonienhütte. Am 6. Januar, vormittags 9½ Uhr, findet im Goretzkischen Lokal in Neudorf die Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes und der D. S. A. P. statt. Referent: Genosse Matzke.

Kostuchna. D. S. A. P. und Freie Gewerkschaften. Sonntag, den 8. Januar 1928, vormittags 9½ Uhr, findet eine Parteiversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften statt. Lokal wie immer. Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist daher sehr erwünscht. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Vermischte Nachrichten

„Schwein haben."

Wie ist das Schwein zum Sinnbild des Glücks geworden? Warum schreiben wir dem sonst so wenig geachteten Rüsseltier eine so wunderbare Wirkung zu? Die Herleitung der magischen Kräfte des Schweins aus irgendwelcher uralten Tierverehrung ist nicht geglückt. Doch hat die heute so allgemeine Redensart vom „Schwein haben" immerhin eine Vergangenheit, die bis in die Zeiten des Mittelalters zurückführt. Man vermutet, daß die Redensart ihren Ursprung von den alten Schützenfesten hat. Bei diesen gab es natürlich Preise für die besten Schützen, aber der Humor, der unsere Altvorderen auszeichnete, vergaß auch den nicht, der am wenigsten getroffen hatte, und gönnte ihm einen Preis. Der schlechteste Schütze bekam anfänglich ein Schwein, und zwar in der Regel ein recht junges, das ihm unter vielen Spottreden überreicht wurde. Der also Beschenkte mußte dann seinen Preis unter dem Spott der Mitbürger und dem Hallo der Jugend durch die Stadt führen. War es ein Ferkelchen, so zog er es vor, es im Mantel oder auch in den sehr weiten Aermeln des damaligen Oberkleides unbemerkt nach Hause zu tragen. Darauf bezieht sich eine Stelle in Brants „Narrenschiff": „Wer schießen will und fällt des rain (fehlt die Scheibe), der dreit (trägt) die su (Sau) im Aermel heim." Auch beim Pferderennen zu Ulm wurde im Jahre 1468 dem Reiter des langsamsten Pferdes eine Sau gestiftet, die mit einer Leine an das Pferd gebunden und so zur Stadt geführt werden mußte. Als später die Geldpreise aufkamen, führte der „Trostpreis", den der schlechteste Schütze erhielt, den Namen „Schwein". Daher mag die Redensart stammen, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Ihr Sinn war zunächst, daß man noch eines Glückes teilhaftig wird, auch wenn man es nicht verdient hat. Eine andere Erklärung weist darauf hin, daß im Kartenspiel das Aß früher die Sau hieß. Danach würde die Redensart zunächst bedeutet haben, daß man die höchste Karte im Spiel hat, und sie dann später verallgemeinert worden.

Der Weihnachtsmann als Bankräuber.

Die friedliche und anheimelnde Gestalt des Weihnachtsmannes ist noch niemals so mißbraucht worden wie bei einem Banküberfall, der an diesem Weihnachtstage in der Stadt Cisco in Texas ausgeführt wurde. Eine Bande von Räubern, die die Nationalbank dieses Ortes ausplünderten, hatten sich als Weihnachtsmänner verkleidet und zogen zunächst recht freundlich durch die Stadt, indem sie den Kindern aus ihren Säcken allerlei Süßigkeiten austeilten. Dann plötzlich aber entpuppten sich diese Wölfe in Schafsfellen in ihrer wahren Gestalt, drangen in die Bank ein und bemächtigten sich einer Summe von 10 000 Dollar. Es gelang den Angestellten, die Polizei zu benachrichtigen, und diese war rasch zur Stelle. Die Räuber aber bedienten sich der Kinder, die sich in großer Schar um sie versammelt hatten, als Schilde gegen den Kugelregen und verbargen sich hinter den Kleinen. Bei dem Kampf wurden der Polizeihauptmann und der Präsident der Bank verwundet. Ein Räuber wurde getötet bei dem Versuch, in einen wartenden Kraftwagen zu steigen. Das Geld wurde zum Teil ihnen abgejagt, aber die Räuber entkamen und führten ein kleines Mädchen mit sich, das auf diese Weise den Weihnachtsmann von sehr trauriger Seite kennen lernte.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Werbet ständig neue Abonnenten!